

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung  
50 Pf.; mit der illustrierten Wochenblätter „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn  
75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Post-  
leistungszettel Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk.,  
für 1 Monat 60 Pf. exkl. Versandgeld.

Chefredaktion:  
**Dr. Bruno Schenck.**

Inserate werden die 5 gesparte Wettzeit oder deren Raum mit 20 Pf.  
berechnet. Vereinanzeigen 15 Pf. — Schwieriger Satz nach höherem  
Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis  
spätestens 9 Uhr früh in der Expedition ausgegeben sein. — Ausgegebene  
Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.  
Reaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammabreise: Volkszeitung Leipzig.

## Ein Wort der Abwehr.

\* Leipzig, 26. Oktober.

In unseren Betrachtungen über den Stuttgarter Parteitag hatten wir ausgeführt, daß die Gegensätze in der Partei dadurch hervorgerufen worden seien, daß die deutsche Sozialdemokratie, ursprünglich eine reine Arbeiterpartei, durch ihre ehrliche und konsequente Politik immer größere Scharen kräftiger Elemente aus anderen, namentlich aber aus den kleinbürgerlichen Bevölkerungsschichten an sich gezogen habe, Elemente, die bei allem ehrlichen Bekenntnis zum Parteiprogramm die Dinge doch immer etwas anders ansahen, als das großindustrielle, seiner ganzen Klassenlage nach revolutionäre Proletariat sie ansieht. In der weiteren Ausführung dieses Gedankens bemühten wir uns redlich, jedes verlegende Wort zu vermeiden, indem wir u. a. darauf hinwiesen, daß sich selbst zwischen so großen Meistern des abstrakten Denkens, wie Lassalle und Marx geweisen seien, bei aller prinzipiellen Übereinstimmung tactische Gegensätze bestanden hätten, Gegensätze, die aus den sozialen Bedingungen entstanden seien, unter denen sie gearbeitet und gelebt hätten.

Leider aber sind wir nicht geschickt genug gewesen, unsere gute Absicht auszuführen; unsere Bemerkungen über die historischen Gegensätze in der Partei haben den heißen Unwillen einzelner Parteiblätter erregt. Eins von ihnen erklärt unsere Aussführungen für die „reine Farce“, für eine „lächerliche Beweismuster“; es ist dasselbe Parteiblatt, das den principiellen Teil des Erfurter Programms, wenn nicht unter den Tisch werfen, so doch in den Silberschrank stellen will und das sich nach dieser kleinbürgerlich-sozialistischen Kraftleistung vor lauter sittlicher Entüstung nicht zu lassen weiß, weil wir in dem denkbar loyalsten Tone und in dem denkbar sachlichsten Zusammenhange von kleinbürgerlich geprägten Elementen in der Partei gesprochen haben. Ernsthafter ist die Polemik eines anderen Parteiblattes, das uns „schlagend“ und „vertheidigend“ widerlegt haben will erstens durch die „einfache Thatjache“, daß auf Seiten der „praktischen Politiker“ aus großindustriellen Arbeiterschichten hervorgegangene Parteiführer ebenso stehen, wie auf Seiten der „proletarisch-revolutionären“ Genossen, die kleinbürgerliche Herkunft sind, und zweitens durch ein Etitat aus dem kommunistischen Manifest.

Jene „einfache Thatjache“ wird nun noch viel einfacher dadurch erledigt, daß wir nicht die soziale Herkunft allein für die verschiedene Färbung der sozialpolitischen Auffassung

verantwortlich gemacht haben. Hätten wir das gethan, so hätten wir in erster Reihe uns selbst die Nase abgeschnitten, denn es gibt keine Parteischicht, die so ausschließlich aus kleinbürgerlichen Kreisen hervorgegangen ist, als die sogenannten „Akademiker“. Woraus denn auch beiläufig hervorgeht, wie fern es uns gelegen hat, den Genossen kleinbürgerlicher Herkunft eine Art Skandal anzuhängen. Wir sagten ausdrücklich: „Sich ganz über die sozialen Bedingungen hinwegzusehen, unter denen man aufgewachsen ist, unter denen man arbeitet und wirkt, vermag kein Mensch“. Neben die soziale Herkunft stellten wir als gleich wichtiges Moment das soziale Milieu der politischen Wirksamkeit. Woher kommt es denn, daß der beredteste Vertreter der „praktischen Politik“ der Führer der Partei in dem wesentlich noch kleinbürgerlichen Bayern ist, während in derselben Genossen, so lange er in dem wesentlich großindustriellen Sachsen wirkte, der beredteste Vertreter der proletarisch-revolutionären Taktik war? Wir wählen dies Beispiel, weil wir bei Böllmar nicht jene überreizte Empfindlichkeit voraussetzen, die bei anderen Vertretern der „praktischen Politik“ zu herrschen scheint; zudem haben wir kürzlich an einem anderen Orte gerade Böllmars bayerische Thätigkeit mit so uneingeschrankter Anerkennung geschildert, daß er uns nicht wohl im Verdachte haben kann, ihm etwas am Zeuge flügen zu wollen. Im übrigen gehen wir auf diese Art persönlicher Beweisführung nicht weiter ein; im günstigsten Falle würde sie erhärten, daß es hilben und drücken Ausnahmen von der Regel giebt, was die Regel selbst bekanntlich nur bestätigt.

Das Etitat aber aus dem Kommunistischen Manifest, das uns entgegengehalten wird, trifft deshalb nicht zu, weil es zwar den kleinbürgerlichen Sozialismus, jedoch mit ausdrücklichen Worten den kleinbürgerlich-reaktionären Sozialismus kennzeichnet, der in vormärzlicher Zeit in England und Frankreich bestand, heute aber in Deutschland nur noch als Antisemitismus, Rassenschwärmerie usw. besteht. Daß dieser kleinbürgerliche Sozialismus in der heutigen Sozialdemokratie irgend einen, und sei es auch nur den leisesten Anlaß findet, ist bisher von niemandem behauptet worden und jedenfalls von uns nicht, denn wir sprachen mit aller wünschenswerten Deutlichkeit von „allen Aufgaben der bürgerlichen Demokratie“, die der Sozialdemokratie durch ihre Ausbreitung in die kräftigen Schichten des Kleinbürgertums zugetragen seien. Man könnte von den Verfassern des Kommunistischen Manifests billigerweise nicht verlangen, im Jahre 1848 eine historische Entwicklung zu schildern, die erst einige Jahrzehnte später eingetreten ist; legt man aber auf ihre Ansicht Wert, so schrieb Engels im Januar 1887,

bald nachdem die erste größere Auseinandersetzung über „praktische Politik“ und proletarisch-revolutionäre Taktik in der Partei stattgefunden hatte, erst im Fürther Sozialdemokraten und dann in der Vorrede zu einer neuen Auflage seiner Schrift über die Wohnungfrage folgendes:

„Andererseits aber in der sozialdemokratischen Partei selbst, bis in die Reichstagsfraktion hinein, findet ein gewisser kleinbürgerlicher Sozialismus seine Vertretung. Und zwar in der Weise, daß man zwar die Grundanschauungen des modernen Sozialismus, und die Forderung der Verwandlung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum als berechtigt anerkennt, aber ihre Verwirklichung nur in entfernter, praktisch unabsehbarer Zeit für möglich erklärt. Damit ist man denn für die Gegenwart auf bloßes soziales Flickwerk angewiesen und kann je nach Umständen selbst mit den reaktionären Bestrebungen zur sogenannten „Hebung der arbeitenden Klasse“ sympathisieren. Das Bestreben einer solchen Richtung ist ganz unvermeidlich in Deutschland, dem Lande des Spießbürgertums par excellence, und zu einer Zeit, wo die industrielle Entwicklung dies als eingewurzelte Spießbürgertum gewaltsam und massenhaft entwurzelt. Es ist auch für die Bewegung ganz ungefährlich bei dem wunderbar gesunden Sinne unserer Arbeiter, die sich gerade in den letzten acht Jahren des Kampfes gegen Sozialistengesetz, Polizei und Richter so glänzend verdient hat. Über es ist nötig, daß man sich darüber klar werde, daß eine solche Richtung besteht.“

In den gesperrt gedruckten Sägen ist das, was die heutigen Vertreter der proletarisch-revolutionären Richtung meinen und wollen, so klar und sachlich ausgesprochen, daß dem kein Wort weiter hinzugesetzt zu werden braucht. In den nicht gesperrten Sägen aber entwickelt Engels ein Temperament — vermutlich weil er auch an „innerer Unsicherheit“ litt — das von den Vertretern seiner Ansicht auf dem Parteitag, geschweige denn in unseren Betrachtungen über den Parteitag längst nicht entwickelt worden ist. Gleichwohl erregten diese immerhin derben Sägen, als sie zuerst veröffentlicht wurden, in einer Zeit, wo die Gemüter in der Partei noch immer sehr erregt waren, nach jenem ersten gruben Streit über „praktische Politik“ und revolutionäre Taktik, nirgends den geringsten Anstoß, und wir vermögen keinen Fortschritt darin zu erkennen, wenn heute eine von Engels schon vor elf Jahren für nötig erklärte Diskussion, auch wenn sie noch so sachlich geführt wird, mit Kloßworten von „reiner Farce“, „lächerlicher Beweismuster“ und dergleichen mehr erstickt werden soll.

## Politische Übersicht.

Der Sturz des Ministeriums Brisson.

Der Generalstab hat seinen heißesten Wunsch in Erfüllung gehen sehen, daß Ministerium der Revision ist am ersten Sitzungstage des Parlaments zur Demission gedrängt worden.

## Seuilleton.

Mitglied verboten.

## Unsäglich.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

Sollte Maria so zu Hermann sprechen?

Eines Augenblicks Dauer, und sie staunte, wie der Einfall ihr hatte kommen können. War denn nicht jede Gejahr vorbei? Was galt es noch zu bekämpfen? — Einen Sturm von Empfindungen, dessen sie allein Herr werden wollte.

„Wir fehlt nichts,“ sagte sie, „es sind Launen, Fehler, die jeder Sterbliche hat. Du allein ausgenommen. Ich kann nur wiederholen, was ich Dir schon als Braut sagte: Habe Geduld mit mir.“

Gräfin Agathe empfing ihre Kinder, als sie am nächsten Tage, kurz vor dem Mittagessen, bei ihr eintrafen, mit sehr absichtlich betonter Überraschung. Sie befand sich zwar noch zu Bett, aber nur aus Rücksicht für die viel zu weit getriebene Kleinstlichkeit ihres Hausarztes. Es sei ihr höchst ungemein, versicherte sie, den Kleinen allein in Dornach zu wünschen — noch dazu ihrerseits. Eine Einwendung ließ sie nicht gelten und blieb dabei:

„Ohne seine Mutter ist ein so junges Kind immer allein. Nur um mich keine Sorgen! Was der Herr beschließt, haben wir in Demut hinzunehmen. Aber ich hoffe von seiner

Gnade, daß er mein Gebet erhören und mich noch hier lassen wird, um meinen dritten Enkel zu segnen. Drei müssen es sein. Einer für Dornach, einer für Gott, einer für den Kaiser.

„Majordomus, Priester, Soldat,“ murmelte Pater Schirmer, nicht dreimal dazu, kreuzte seine kleinen Hände über dem Magen und guckte aus winzigen Augen über die runden Polster der Wangen mit einer wahren Fülle von Wohlwollen und Freundlichkeit vor sich hin.

Die Gräfin beruhigte sich erst, als Maria ein Telegramm nach Dornach abgesandt hatte, in dem sie ihr Eintreffen für den dritt nächsten Tag ankündigte. Hermann wurde gebeten, länger zu bleiben. Es geschah auf Veranlassung Pater Schirmers, der, mit dem Amte eines Sekretärs betraut, infolge seines Bestrebens, „jede Störung der Harmonie zwischen Gutsbesitzer und Gutsverwaltung hintanzuhalten,“ einen verderblichen Schlendergang in der Leitung der Geschäfte geduldet hatte. Mit Schrecken war er sich des Unheils bewußt worden, das seine Ohnmacht angerichtet. Das Eingreifen der festen Hand Hermanns war notwendig.

So kam denn Maria allein in Dornach an.

Auf der Station wartete Wilhelm und empfing seine Base bewegt wie ein Liebhaber. Er bestellte ein Willkommen von seinem „Prachtness“, die wärmenste Grüße Helm und Handküsse der Rangen. Er konnte die schriftlichen Nachrichten über das Bestinden Wolf Forsters, die Doktor Weise im Laufe des Winters nach Wien geschickt hatte, bestätigen. Der Patient war wohl genug, um Dornach verlassen und die Fahrt nach einem Jagdschlösschen Hermanns, das ihm zum bleibenden Aufenthalt angewiesen wurde, unternehmen zu können. Er selbst freute sich sehr

darauf und sprach nur noch von seiner langgehegten und mühsam gebändigten „Passion“ für das lustige Weidwerk.

„Lauter Gutes, lieber Wilhelm, Du bringst lautere Botschaft,“ sprach Maria, und Thränen traten ihr in die Augen.

„Das beste bringen Sie,“ rief er aus, „Sie bringen sich.“

„Wie sagst Du? Sie! ?“

„Entschuldige! das macht der Respekt . . . Nach so langer Trennung kommt es mir ordentlich leid vor . . . Er wurde verlegen und schwieg.

Sie rollten im raschen Trabe der Pferde dahin.

Durchsichtig blau und wolfslos wölbt sich über ihnen der Himmel. Im Wesen, in einer Einsattelung der Bergkämme, bildete die untergehende Sonne einen blendenden Feuerherd und sandte ihre Strahlengröße über die leimende, knospende, blühende Welt, die sie zu neuem Leben erweckt hatte.

Ewig gelöstes, ewig umlsbares Rätsel, Frühlingswunder! — Still saß Maria es auf sich einwirken und betete die eine und einzige Kraft an, die webt und treibt im Hähnchen auf der Wiese, widerhallt aus der tönenden Brust der Nachtigall, unwiderstehlich lockt und ringt im Menschenherzen.

Man war vor dem Schlosse angelangt, Wilhelm bestieg seinen Gaul und ritt heim, nachdem er versprochen hatte, sich morgen als Pater familias in Dornach einzufinden.

Maria hielt ihr Kind in ihren Armen, sie küßte und sie kostete es und wiederholte ihr Sprichlein: „Alles gut — lautere Gutes . . .“

„Ah, wenn der bittere Vorwurf nicht wäre! der nagende peinvolle Vorwurf gegen einen Menschen, der nicht in ihrer

Herr Briffon blickt für seine Halbheit. Der General Chauvin, den er statt des Generals Buzludin ins Ministerium berief, ist seinen Kollegen in den Rücken gefallen, er hat in schauspielerischer Pose vor versammeltem Kriegsvolke in der Kammer die wohlvorbereitete Komödie der Demission eingeleitet, und die auf ein antirevisionistisches Wahlprogramm gewählte Kammermehrheit spielt wacker mit. Sie votierte das Ministerium Briffon aus der Regierung heraus, sie votierte für die Justizminister, die Staatskriechler, die Estrechaz, Mercier, Du Bath de Clou und Cavaignac, für die Politik der rohen Gewalt, der Zerstörung der demokratischen Einrichtungen, für das heilige Bündnis der monarchisch-klerikal-festungskapitalistischen Gruppen, gegen die höhere Autorität der bürgerlichen, der Civilgewalt, gegen die Freiheit, gegen die Republik und Demokratie.

Felix I., dem sogar der fanstabgelöste Radikalismus eines Briffon in seinen Sonderan-Beschreibungen peinlich war, wird nun wieder ein Ministerium bekommen, das seinem reaktionären Geschmack entspricht, mag es nun Moline, Cavaignac oder Dupuy etabliert sein.

Wenn man wie Felix Faure sich vor den Enthüllungen der Drumont über Schwiegerväter auf den Galerien und Schwiegerjähne, die ihrem Reichtum aus dem läblichen Betriebe von Vorstellen geerbt haben, zu füttern hat, ist man doppelt geneigt, den Mantel der christlichen Liebe über die Niederrichtigkeiten der Dreyfusache zu ziehen.

So endete die erste Sitzung der Deputiertenkammer mit einem sichlichen Erfolge der Generalstäbler.

Der Pöbel in Seidenhut und in Vallonmühle lärmte fleißig auf den Straßen, die weißen Blumen, die Helfershelfer jedes Gewalthabers, spielten ihre alte Lumpenproletarische Polizeirolle.

Und morgen, am 27. Oktober, soll der Pariser Cassationshof über die Revision in Sachen Dreyfus verhandeln!

Dass dieser Ausgang die in dem öffentlichen Leben Frankreichs bestehende Kluft nur verschärft, dass die Irrungen und Wirrungen wachsen, die Gefahr eines handfesten Konflikts sich unaufhaltsam steigert, ist sinnfällig.

Ein Regierungssystem, das sich auf einem kolossalen Panama aufbaut, das mit den schäbigsten Mitteln wirtschaftet, das auf einen neuen achtzehnten Brumaire, auf einen Staatsstreich loswirtschaftet, bedarf nach innen wie nach außen der brutalsten und gefährlichsten Mittel, um sich noch zu halten; der Chauvinismus, die Revauchopolitik, der Weltmarktauslauf wollen befriedigt sein, und die Katastrophe schreitet heran.

Wenn nicht wieder einmal das arbeitende Volk, wachsam und auf der Hut, wie so oft schon, die Republik vor der Bourgeoisie rettet!

## Deutsches Reich.

### Lippesches.

In dem Streit um die Thronfolge in Lippe hat die lippesche Regierung soeben dem Bundesrat ein Gutachten des Münchener Staatsrechtslehrers v. Seydel eingerichtet, das mit aller Entschiedenheit sich dahin ausspricht, dass der Bundesrat eine Zuständigkeit zur Erledigung der lippeschen Thronfolgestreitigkeiten auf Grund des Art. 76 der Reichsverfassung nicht beanspruchen könne. Die Münch. Allg. Stg. erinnert an die Geschichte des Thronfolgestreits. Der Bundesrat beschloss befamlich auf den Antrag der Regierung von Lippe-Detmold, es möge durch ein Reichsgesetz das Reichsgericht als zuständiger Gerichtshof der vorliegenden Thronstreitigkeiten eingesetzt werden", im Jahre 1890 "den Reichskanzler zu erlauben, ein Kompromiss für die Bestellung eines Schiedsgerichts unter den streitenden Teilen herbeizuführen". Das war eigentlich die Ablehnung der Zuständigkeit. Entsprechend dem Kompromisvorwurf des Bundesrats wurde im Juli 1890 ein Schiedsgericht vereinbart, das unter dem Vorstoss des Königs von Sachsen aus dem Präsidienten, zwei Senatspräsidenten und drei Räten des Reichsgerichts bestand. In seinem Urteilsspruch vom 22. Juni 1897 erklärte das Schiedsgericht den Grafen Ernst zur Lippe-Westfalen "zur Regierungsfürstin in dem Fürstentum Lippe berechtigt und berufen". An Stelle des Schwagers des Kaisers, des Prinzen von Schaumburg-Lippe, übernahm hierauf Graf Ernst zur Lippe-Westfalen als anerkannter Thronfolger die Regentschaft in Lippe.

Auf Grund des Schiedsspruchs legte die lippesche Regierung dem lippeschen Landtag einen Gesetzentwurf vor, durch den Thronfolge und Regentschaft geordnet werden sollten, da der Schiedsspruch sich nur auf die Person des Grafen Ernst beschränkte. Der Gesetzentwurf bezeichnete als Thronfolgeberechtigte Mitglieder des Hauses Lippe-Westfalen den Regenten, dessen Söhne und Brüder sowie deren Nachkommen „aus deren zur Zeit bestehenden und aus allen künftigen, auf Grund dieses Gesetzes sanktionierten Ehen“. Die schaumburg-lippesche Regierung ging jedoch davon aus, dass die Bedeutung des Schiedsspruchs sich in der Anerkennung der Thronfolgeberechtigung des gegenwärtigen Regenten erschöpfe. In seinem Gutachten führt Prof. Seydel aus, selbst wenn die Thronfolgeberechtigung den Söhnen des gegenwärtigen Regenten Ernst wegen

seiner angeblich unebenbürtigen Ehe mit einer Gräfin Wartensleben, die müterlicherseits aus der bürgerlichen Familie Halbach stammt, abgesprochen werden sollte, so bleiben als Thronfolgeberechtigte Agnaten die Brüder des Regenten. Als im Januar d. J. die lippesche Regierung sich weigerte, dem Wunsche des Schaumburger Ministeriums auf Zurückziehung des Gesetzentwurfs über die Regelung der Thronfolge zu entsprechen, beantragte Schaumburg-Lippe beim Bundesrat, er möge auf Grund des Art. 76 Abs. 1 der Reichsverfassung den Streit zwischen beiden Regierungen erledigen. Der Bundesrat erfuhr zunächst die lippesche Regierung, der Beratung des Thronfolge-Gesetzentwurfs keinen Fortgang zu geben. Die lippesche Regierung willfahrt, aber der Landtag nahm am 21. März eine Novelle zum Regierungsfürstentum an, der auf diese Nachfolger des jetzigen Regenten in der Regierung bestimmt jeweils ältester Sohn sein sollte. Schaumburg-Lippe protestierte auch gegen dieses Gesetz.

Das Gutachten Seydels beschränkt sich nun lediglich auf die Würdigung der Frage, ob hier eine Zuständigkeit des Bundesrates gegeben und ob derselbe berechtigt sei, in die Gesetzgebung hinein einzugreifen. Seydel erwähnt, dass in der Reichsverfassung mit seinem Wort gesagt ist, dass das Reich oder der Bundesstaat zulässig sein solle, Streitigkeiten, die sich in den Bundesstaaten über die Thronfolge ergeben, zu entscheiden, das Schweigen müsse dahin ausgedeutet werden, dass eine derartige Zuständigkeit nicht begründet werden wollte. Sarcastisch sagt Seydel: "Das Kunststück, wenn eine Leiter sich zu kurz erweist, dieselbe in der Luft umzubrehen und darauf weiter zu steigen, hat nur Frhr. v. Münchhausen verstanden." Seydel vertritt auch die Ansicht, dass sich die Bezugnahme des Bundesrats, sich in die Lippe-Thronfrage einzumengen, nicht auf Abs. 1 des Art. 76 der Reichsverfassung stützen können, der lautet: "Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten, sofern dieselben nicht privatrechtlicher Natur sind und daher von den kompetenten Gerichtsbehörden zu entscheiden sind, werden auf Anrufen des einen Teiles von dem Bundesrat erledigt." Seydel weist eindeutig nach, dass dieser Artikel nur auf Streitigkeiten zwischen Bundesstaaten, nicht aber zwischen Bundesmitgliedern Bezug nehme. Auch der zweite Absatz des Art. 76, der von Verfassungsstreitigkeiten handle, könnte nicht herangezogen werden, denn Staatsregierung und Landtag in Lippe sind vollkommen einig. Wenn also in der Reichsverfassung keine Bestimmung zu entdecken ist, derzu folgt die lippesche Thronfolge eine Zuständigkeit des Reiches selbst gemacht werden könnte, so kann es seinem Bedenken unterliegen, die Thronfolge durch die Landesgesetzgebung zu regeln.

Seydel geht zum Schluss auch auf die Ebenbürtigkeit der Gemahlin des Regenten, Gräfin Wartensleben geb. Halbach, ein: Für die Ehebürtigkeit zu einer Familie, sei es des hohen oder des niederen Adels, entschließt lediglich der Umstand, ob die betreffende Verhältnis nach dem Rechte, das für diese Familie gilt (Hausherr beim hohen, gemeinsches Recht beim niederen Adel), Familienmitglied ist. "Da nun hinsichtlich des niederen Adels irgendwelche Ebenbürtigkeitsforderungen für die Ehe überhaupt nicht bestehen, so ist die Gräfin Wartensleben Gräfin Wartensleben gewesen, mögliche Mutter einer adeligen oder einer nichtadeligen Familie angehört haben. War sie aber eine Gräfin Wartensleben, so war die Ehe, die Graf Ernst zur Lippe-Westfalen mit ihr geschlossen hat, nach den Rechtsgrundlagen des Schiedsspruchs vom 22. Juni 1897 eine ebenbürtige. Zu allem Überfluss hat der Schiedsspruch zu dieser Frage ausdrücklich genommen. Es wird dort ausgeführt, dass bei der Ebenbürtigkeit auf Ahnenzahl im Sinne des Erbordnisses einer bestimmten Ahnenzahl sein Gewicht zu legen sei. Wörtlich wird dann gesagt: "Auf den Adel der Mütter und weiteren weiblichen Vorfahren kann es nicht ankommen, da jedenfalls bei dem niederen Adel ein Bürgerliche ausstehendes Reichscherkommen niemals bestanden hat, somit die Frauen durch den Eheabschluss den adeligen Stand der Männer erlangten." Hiermit ist zur Evidenz dargethan, dass das Verfahren der lippeschen Gesetzgebung der Loyalität vollkommen entspricht und nichts weiter beweist, als das Recht, wie es durch den Schiedsspruch anerkannt ist, fortwährenden Bemänglungen zu entrücken."

### Des Kaisers Jerusalemfahrt.

#### Eine Photographie für Nikolai II.

Die Kölnische Zeitung meldet aus Vera, der Kaiser habe den russischen Botschafter besonders ausgezeichnet und ihm in Gegenwart anderer Diplomaten einen Brief, enthaltend seine Photographie, für den Baron überreicht, die die Aufschrift trug: "Recht muss Recht bleiben."

### Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

g. Nürnberg, 25. Oktober. Die heutige Nummer der Frankl. Tagespost wurde konfisziert, weil der Staatsanwalt in einem aus dem Simplicissimus übernommenen Gedicht: "Im Heiligen Land eine Majestätsbeleidigung erblieben will."

\* Berlin, 26. Oktober. Die Nordb. Allg. Stg. schreibt: "Die Forderung eines Teils der Presse, dass der Gesetzentwurf zum Schutz der Arbeitswilligen alsbald veröffentlicht werden

solle, in dessen Schuld sie stand, unerbittlich grausam gewesen zu sein. Sie hätte sich überwinden, ihm die Hand reichen und sagen sollen — was hielt sie ab, welche Pflicht verbot es ihr? — „Ich habe Sie geliebt. Vereinst als ich noch frei war. Die Verhältnisse haben uns getrennt. Nun wollen wir unsere Schuldigkeit als brave Menschen thun und beim Wiedersehen nach Jahren, wenn die Empfindung, die uns jetzt noch bedrückt und verwirrt, erloschen sein wird, einander als alte Freunde entgegentreten.“

Hätte sie doch so gesprochen, so sprechen können! Schwäche, Schwäche, dass sie es nicht gekonnt. Seht bleibt der Stachel in ihrer Brust, der Tropfen Gift in ihrem Blute. Sie sollte den Blick nie vergessen, den er ihr beim Scheiden zugeworfen.

Als sich Maria in ihr Schlafgemach begeben hatte, er schien sie, um gute Nacht zu wünschen und eine Botschaft von Forster zu überbringen. "Er geht also fort," sagte sie, "und lässt Dich bitten, inständig, dass Du morgen Klavier spiels und dann hinkommst in den Pavillon. Er möcht' sich gar so gern bei Dir empfehlen und Dir auch den weiten Weg ersparen bis zur Hegerin. Wirst Du kommen?"

"Ja."

"Roch etwas, denk' Dir. Heut' hat er Besuch gehabt, der Wolf. Ein Freund von ihm, der eine weite Reise macht, hat sich hier aufgehalten von einem Zug zum anderen."

Maria rückte den Stuhl, der auf dem Tische stand, vor die Lampe: "Wer?" fragte sie.

"Den Namen weiß ich nicht. So ein hübscher Großer; das Gesicht wie von einem Italiener. Hat einen Backenbart, rabenschwarze, etwas gelockte Haare, die Nase gebogen, das kann ausstrahlen. Vielleicht kennst Du ihn. Ich hab' ihn zwar nie bei uns gesehen."

Nachdem die Alte sich entfernt hatte, durchwanderte Maria noch lange das Zimmer und dachte dessen, den jede Minute, jede Sekunde weiter hinwegtrug von ihr, und der wohl auch wachte und litt wie sie und ihr große und zürnte.

Er war dagewesen, er hatte die Erinnerung an die Stätte, an der sie lebte, mitnehmen wollen in seine freiwillige Verbannung. Einen Tag nur — nur einen, und sie hätten einander noch gesehen und den Abschied nehmen können, den sie sich in immer holderen, reineren Farben ausmalte.

Der Morgen kam. — Das Kindlein wankte, ebenso tollhüpf wie unsicher, an der Hand der Wärterin in das Schlafgemach herein, dem Bett seiner Mutter zu und jauchzte ihr entgegen . . .

Maria erhob sich nach wenigen Stunden eines unerquicklichen, durch wüste Träume gestörten Schlafes. Sie wollte ihr Tagewerk beginnen, aber sie hatte Blei in den Gliedern, einen eisernen Steifen um den Kopf. Alles wurde ihr schwer, alles versagte, sogar die getrene Kunst. Sie schloss das Klavier, nachdem sie einige Accorde angeschlagen hatte, eilte hinab ins Freie, umschritt das Haus und wanderte durch einen Friedergang dem Pavillon zu. Forster wartete ihrer dort; sie wollte ihn treffen, und durch den letzten, der den Scheidenden noch in der Heimat gesprochen, eine Runde von ihm haben.

Sie war angelangt und überschritt die Stufen, die zum Pförtchen des kleinen Hauses hinaufführten, einer zierlichen und luxuriösen Spielerei aus dem achtzehnten Jahrhundert. Er enthielt zwei durch Rundbogen getrennte Zimmer. Die Wände und die Möbel waren mit gelbem chinesischen Seidentuch überzogen, die Fenster mit demselben kostbarem Gewebe verhangen.

Als Maria aus dem grellen Tageslicht in die goldige

soll, ist schon deshalb unerschöpfbar, weil dieser Entwurf noch nicht alle Instanzen bis zur Feststellung für die Beratungen der gesetzgebenden Körperchaften durchlaufen hat. Dass der Entwurf weder der Grundfrage der Koalitionsfreiheit, noch dem Systeme des Strafgesetzbuches widersprechen wird, ist selbstverständlich." Was für ein albernes Gewölk, um einen gemeinschaftlichen Anschlag auf die Arbeiterbewegung zu vertuschen! —

Die Verl. Neuest. Nachr. erfahren, dass von der Heimkehr des Prinzen Heinrich aus Ostasien in Fahr und Tag keine Nede sei, da es in dem persönlichen Wunsche des Prinzen liege, noch eine längere Zeit im Verbande des Kreuzergeschwaders Dienst zu thun. —

Der Kolonialrat beriet gestern den Stat für Deutsch-Südwestsafira. Der Vorsitzende teilte mit, nach dem soeben eingegangenen Bericht des Majors Bentwin stellen sich die englischen Meldungen über einen angeblichen Aufstand der Eingeborenen als stark übertrieben heraus. Allerdings seien wegen der Erhebung einer Gewehrreiter Unruhen befürchtet worden, zu deren Unterdrückung Major Bentwin mit einer größeren Truppenmacht nach dem Süden aufgebrochen sei, Witbo sei hier aber nicht beteiligt. Die Beratung betrifft hauptsächlich die Wehrführung des Bahnbau und des Hofensbaus von Swatowmud. Bezüglich der klimatischen und hygienischen Verhältnisse führte Oberstabsarzt Kohlstock aus, dass namentlich infolge der Besserung der Wasserverhältnisse Wassernerkrankungen an Malaria, wie sie vorgekommen, nicht mehr zu befürchten seien. In der Specialdebatte wurden die einzelnen Etablissements angesprochen und die beabsichtigte Abschaffung des Schuhgebietes an das internationale Kabelnetz eingehend besprochen. —

Freiherr von Hammerstein, der Adressat des Städterischen Schleiterhausbrieves, der frühere langjährige Chefredakteur der Kreuzzeitung und Führer der konservativen Partei, ist am 22. April 1896 wegen Beitrages und Urkundenfälschung zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Ein für ihn vor Kurzem eingereichtes und von allen in Betracht kommenden Faktoren befürwortetes Gesuch auf vorläufige Entlassung hat der Justizminister der Kreuztg. zufolge abgelehnt; wie es heißt, ohne Angabe von Gründen. —

Der neue Rektor der Berliner Universität, Prof. Waldeyer, hat dem sozialwissenschaftlichen Studentenverein verboten, sich von einer Frau einen Vortrag über Gefangenensfürsorge hören zu lassen. Er tritt mit diesem Verbot in die Fußstapfen des früheren Rektors Brunner. Außerdem hat Prof. Waldeyer einen Vortrag des Rektorats der Berliner Volkszeitung, Vollrath, beanstandet, und weitere Verbote sollen geplant sein. Herr Waldeyer ist väterlich um das Seelenheil seiner Studenten besorgt. —

Zu den Vorlagen, die dem Reichstag bestimmt zu gehen werden gehört auch ein Gesetz über die Fleischschau, die diese an Stelle der bisherigen landesgesetzlichen Vorschriften für das ganze Reich einheitlich regeln wird. Es ist, so schreibt man der Frankf. Ztg., von agrarischer Seite die Einführung der allgemeinen Fleischschau verlangt und vom Fürsten Hohenlohe im Frühjahr in einer Sitzung des Abgeordnetenhauses versprochen worden. Der Gesetzentwurf ist fertig gestellt und hat bereits die Regierungen zur Begutachtung vorgelegt. Es gibt allerdings landwirtschaftliche Kreise, die der obligatorischen Fleischschau widerstreben, die in einzelnen Staaten wie Oldenburg und Mecklenburg noch nicht existiert. Vom Standpunkt der Fleischgesundheit aus ist ein solches Gesetz willkommen zu heißen, wenn es nicht gleichzeitig etwa die Handhabe bieten soll, die Einführung fremden Fleisches noch weiter zu erschweren oder zu verhindern, eine Absicht, die hinter dem agrarischen Verlangen nach einem solchen Gesetz deutlich zu erkennen war. Ein im vorigen Jahre begonnener Entwurf enthielt für die Einführung amerikanischen Schweinefleisches Bestimmungen, die bewirkt haben würden, dass diese Einführung unmöglich wäre. Es war darin vorgeschrieben, dass genau dieselben Vorschriften der Untersuchung, die für hier geschlachtete Schweine gelten sollen, auch für das eingeführte Fleisch angewendet werden müssen. Es hätten dann Fleischteile (Gingerweide) mit eingeführt und zur Untersuchung gestellt werden müssen, die sonst nicht einführt werden.

W. Bahrze, 24. Oktober. Durch ein Urteil der Gleiwitzer Strafkammer ist jetzt festgestellt, dass man jemanden durch Ausüben eines sozialdemokratischen Flugblattes beleidigen kann, dass jetzt also neben dem Groben Unfug-Paragrafen auch der Beleidigungsparagraph dazu herhalten muss, die an sich doch

Dämmerung trat, schwamm es ihr vor den Augen, und sie vermochte nicht, einen scharfen Umriss zu unterscheiden. Aus dem Nebenzimmer nahte jemand langsam und zögernd, wie ihr schien. "Forster," rief sie.

Keine Antwort. Nach einer Weile erst ihr leise geflüsterte Name.

Maria erkannte die Stimme sogleich und schrie auf: "Sie!"

Tessin stürzte ihr entgegen mit inbrünstig gesetzten Händen . . . Sie streckte die ihren abwehrend aus:

"Fort! . . . wie können Sie es wagen? . . . das ist Verrat. Gehen Sie!"

Er schüttelte den Kopf: "So nicht. Ich hab's versucht — es ist unmöglich." Entschlossenheit in jeder Bewegung, die Brauen drohend zusammen gezogen, trat er näher.

Sie wich schweigend zurück und schritt dem Ausgang zu.

Da warf er sich zwischen sie und die Thür, und als Maria ans nächste Fenster rannte und es zu öffnen versuchte mit bebenden Fingern, die den Gehorham versagten, glitt ein finstres Lächeln über seine Züge.

"Sie wollen Leute herbei rufen, thun Sie es doch. Der Gewalt muss ich weichen. — Aber nicht lebendig . . . das sage ich Ihnen, — und Sie," er erhob beteuend die Rechte, "Sie glauben mir das."

"Wahninn," stammelte Maria, von Furcht und Schrecken durchbebzt.

(Fortsetzung folgt.)

erlaubte Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter zu einer strafbaren Handlung zu machen. Genosse Schwörz hatte vor der Wahl an mehrere Polizisten in Doborze — im Reiche des auch durch Sozialistenprozeß bekannt gewordenen Amtsvertreters Meister — sozialdemokratische Flugblätter verteilt. Die Polizisten fühlten sich beleidigt, stellten Strafantrag, und Schwörz erhielt — unglaublich! — zwei Wochen Gefängnis. Die Sozialistenprozeß des Gleiwitzer Landgerichtes versprechen zu einer gewissen Berühmtheit zu gelangen.

München, 25. Oktober. Nach einstimmigem Beschuß ersucht der Magistrat die Regierung: 1. die der Bevölkerung so schädliche Absperzung der Grenze gegen Schlachtvieh aufzuheben; 2. den Schlachtwang für in die Schlachthöfe eingeführtes österreichisch-ungarisches Großvieh von drei auf fünf Tage zu verlängern. Mit großer Mehrheit wurde der Antrag des Reichsrats klarer angenommen, die Regierung zu ersuchen, sie möge bei Würdigung des neuen Zolltarifentwurfs der Aufhebung des Fleischzolls ihre Aufmerksamkeit zuwenden, da der Stolz das Pfund Fleisch um fünf Pfennige verteuerte und doch trotz seines jahrelangen Bestehens die Landwirtschaft nicht konkurrenzfähig gemacht habe. Zu Antrag 1 und 2 bemerkte der Referent Rechtsrat Beck an der Hand von statistischem Material, daß die Schlachtung von Großvieh und Kühlern wohl zugenommen habe, aber nicht im Verhältnis zur Bevölkerung. Die Zahl der geschlachteten Schweine sei in den letzten zwei Jahren in bedeutsicher Weise, um 39 000 Stück, zurückgegangen. Der Rückgang und die starke Preiserhöhung hingen genau mit den Daten der Grenzsperrre zusammen. Mittelware in Schweinen werde heute genau so teuer bezahlt, wie vorher Vorzugsware. Der Schweinefleischpreis habe auch Einfluß auf die Preise der anderen Fleischsorten.

Stuttgart, 24. Oktober. Der Staatsanwalt glebt heute die versprochene Darstellung über den Fall Bögele; sie lautet: "Die geführte militärgerechtliche Untersuchung hat festgestellt, daß der im 1. Dienstjahr beständige Ulan Gottlob Bögele von Kornwestheim, der wegen Ungehorsams bei Instandhaltung seiner Ausrüstungsstücke einer besonderen Beaufsichtigung von Seiten seiner Vorgesetzten bedurfte, am 31. Juli d. J. von seinem Beiführer, Unteroffizier W. Müller von Wolfsthalen, Oberamt Marbach, vormittags im Stall, weil er einen Befehl häufig ausführte, einige Streiche mit einem Lederriemchen über den Rücken erholt und daß am gleichen Tage abends derselbe Unteroffizier, weil der Reitanzug des Bögele nicht genügend gepunkt war, dem leichteren mehrmals die Stiefelschläge um den Kopf und die leberbesetzten Reithosen über den Kopf geschlagen hat. Bei dieser Thätslichkeit wurde Bögele vermutlich durch die am Hosenpreiß der Reithosen befindliche Schnalle verlegt und blutete infolge hieron etwas aus zwei kleinen Wunden an der Stirne. Daß Bögele und andere Mannschaften früher schon mehrfach wegen vorgelommener Versäumnisse und Unordentlichkeiten von Unteroffizier Müller gestochen und geschlagen worden sind, ist bei diesem Anlaß gleichfalls erhoben worden. Verlegungen sind hierbei nicht vorgenommen und es waren diese handgreiflichkeiten sämtlich leichterer Art. Die am 31. Juli d. J. erhabene Unschuldshandlung hat den von seinem Vater und seinen früheren Arbeitgebern als „leicht beleidigt“ und „ang empfindlich“ geschilderten Ulanen Bögele, der überdies damals von einem anderen Vorgesetzten wegen einer kleinen Verfehlung eine Anzeige zu erwarten hatte, in hohem Maße schmerlich erregt, und es ist Bögele — worauf einzelne kurz zuvor kameraden gegenüber gehabte Neuerungen desselben hinweisen — in dieser gemütllichen Verstimmung zu dem Entschluß gelangt, sich durch Erhängen das Leben zu nehmen.

Dass Bögele am Abend des 31. Juli etwa eine Stunde nach den erlittenen Thätslichkeiten durch Selbstmord geendet hat, ist nach dem Ergebnis der geführten Untersuchung unzweifelhaft. Hierdurch ist die Grundlosigkeit gegenseitiger Aussprüchen dargethan, gegen deren Urheber und Verbreiter überdies von der Militärbehörde bei den bürgerlichen Gerichten Strafantrag wegen Beleidigung gestellt ist. Unteroffizier Müller ist (wie bereits mitgeteilt wurde) durch allerhöchsten Orts bestätigtes Erkenntnis des sgl. Militärrechtsgerichts wegen Missbrauchs der Dienstgewalt während der Ausübung des Dienstes, verübt in einer Handlung durch mehrfaches vorfältiges Schlagen und Stoßen Untergebener, zum Tode auch durch wiederholte körperliche Misshandlung eines Untergebenden, zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Diese amtliche Aussärtung ist dankenswert, es ist nur bedauerlich, daß sie erst nach Beendigung des Verfahrens erfolgt.

Bekanntlich haben sich an den Tod Bögeles allerlei Gerüchte geknüpft; es hieß u. a., Bögele habe gar nicht Selbstmord begangen, sondern sei erhängt worden. Hätte damals gleich der Staatsanwalt hierzu Stellung genommen, so wäre dies entchieden nützlicher gewesen als der nachträgliche Strafantrag. Das geheime Militärverfahren begünstigte eben derlei Gerüchte.

**Kleine politische Nachrichten.** Aus Hamburg wird vom 25. Oktober gemeldet: Die in Altona erfolgte Verhaftung eines Schirmachers Namens Oldenburg scheint nach dem hochstilisierten Hamb. Korr. auf die Praktiken eines von Großmannsricht befallenen, oft bestrafsten Menschen zurückzuführen zu sein. Dieser habe erzählt, ihn habe das Los getroffen, den Kaiser Wilhelm auf der Rückreise zu ermorden. Die Altonaer Kriminalpolizei ist mit der Feststellung der Angaben Oldenburgs beschäftigt. Über die Personalen des Verhafteten wird noch gemeldet: Der Schirmacher Wilhelm Oldenburg hat in Hannover seit 1888 seinen Wohnsitz gehabt; er hat meist ein ruheloses, vagabundendes Leben geführt und ist vielfach wegen verschiedenem Vergehen bestraft, u. a. wegen Landstreichen, Betrugs, Diebstahls u. s. zuletzt wurde ihm wegen Hausschlüsselbruchs durch Strafbefehl des Amtsgerichts in Hannover eine 14-tägige Gefängnis- und eine achtjährige Haftstrafe auferlegt, gegen die er von Altona aus Einspruch erhoben hat. — Der Vorstand des Bundes der Landwirte hat den nationalliberalen Dr. Hoppe, der Bundesmitglied ist, aber gegen den Oberbündner Schoof, Hahn, Freund, in Landtagswahlkreise Jork kandidiert, aus dem Bunde ausgeschlossen. Hul — Der Gendarm Scheidt erschoss in der Nähe des Bahnhofs von Marxheim (Elsass) den wegen Brandstiftung verfolgten Ackerer Elsiffert aus Regelsheim, der sich bei der Verhaftung widersetzte. — Die Spandauer Gemeindeschullehrer, die Agenturen von Versicherungsgesellschaften verwalteten, sind von der sgl. Regierung in Potsdam angewiesen worden, diese Nebenbeschäftigung binnen zwei Monaten zu kündigen oder aufzugeben.

### Oesterreich-Ungarn.

Die Pest in Wien.

f. s. Wien, 24. Oktober. Das zweite Opfer der wissenschaftlichen Forschung ist gefallen. Wenn dem Sarge des Dr. Müller auch nur wenige persönlich folgten, so begleitete ihn doch die einzige Teilnahme der ganzen Bevölkerung zu Grabe. Die leidenschaftlich erregte Stimmung der letzten Tage ist nun dem ruhigen Urteil gewichen, und man glaubt heute mit Bestimmtheit annehmen zu dürfen, daß heute nicht mehr als ein Menschenleben — das Leben der Wärterin Pech — durch die Pestinfektion gefährdet ist.

Es ist nicht uninteressant, die Haltung der Wiener politischen Presse in diesen Tagen zu betrachten. Man kann weit davon entfernt sein, unserer durch und durch korrupten Wiener Presse einen Loblied zu singen, wenn man zugibt, daß sich ihre ruhige Haltung vornehm abhebt von dem widerlichen vorwierter Sensationsgeschäfts der kleinstadtlichen antisemitischen Presse. Das durch und durch „aristische“ und „christliche“ Deutsche.

Volksschule hat sich diesmal von den kleinsten „Tintenjuden“ — um in der Sprache des antisemitischen Zeitungsbüros selbst zu sprechen — beschämen lassen. Mit gieriger Semionslust wurde der Fall Warlich aufgegriffen, die Stadt wurde mit Extras ausgeben überchwemmt, die Gefahr ins Ungeheuer übertrieben, und für ihr Vorhandensein wurden natürlich die Juden und Judenknechte unter den Arzten verantwortlich gemacht. Der ganze Hass des beschränkten liberalen Geistes gegen die wissenschaftliche Forschung glaubte sich anlässlich des traurigen Vorfalles Luft machen zu dürfen. Man kann sich nach dem Gebotenen eine Vorstellung davon machen, welche Wirklichkeit die Wiener Christlichsozialen im Falle einer wirklichen Epidemie entwickelt haben würden, sicherlich eine andere als sie die Sozialdemokraten anlässlich der Hamburger Choleraepidemie entfaltet haben! Dass die Arbeiterzeitung das ihre gethan hat, um einer Panik in der Bevölkerung Wiens entgegenzuarbeiten, braucht nicht gerühmt zu werden — es ist selbstverständlich.

Man hat mit Recht darauf hingewiesen, daß zu gefährlichen bakteriologischen Forschungen ein anderer Ort gewählt werden sollte, als das anatomisch-pathologische Institut, das im Herzen der Millionenstadt gelegen ist, man hat recht, wenn man sagt, daß der erste Infizierte nicht in das überfüllte Allgemeine Krankenhaus hätte gebracht werden sollen, und man hat recht, wenn man fordert, daß die ganze ungeheuerne Anstalt selbst von dem Stadtmutter an die Peripherie der Stadt verlegt werden soll. Es ist aber unrecht, wenn man den Schein zu erwarten sucht, als ob bei früher Erfüllung dieser berechtigten Forderungen das nicht geschehen wäre, was geschehen ist. Auch im engelegten Felde wäre der Laboratoriumsdienst exklusiv, und Arzt und Wärterin hätten sich dort der gleichen Ansichtsgefahr ausgesetzt. Es ist ein Beweis für den Fortschritt der Wissenschaft, daß es gelungen ist, die ausgebrochene Seuche so rasch zu lokalisieren; das nur kurze Vorhandensein einer so ungeheueren Gefahr wird aber Anlaß geben, notwendige Verbesserungen durchzuführen. Was sonst von dem ganzen Ereignis für die Erinnerung übrig bleibt, ist die Märtyrergeschichte dreier Opfer der Wissenschaft. Es waren die ersten nicht, sie werden nicht die letzten bleiben, aber sie sind nicht umsonst gebracht.

### „Hier“! — Wiederwahl.

Wien, 25. Oktober. Wie die Narodni Listy aus Prag melden, wurde im Antrag des Corpskommandeurs gegen diejenigen tschechischen Revolutionären, die bei der letzten Kontrollversammlung die Meldung mit dem deutschen „Hier“ verweigerten, das Verfahren wegen Meuterei eingeleitet.

Der Bürgermeister des im Mai aufgelösten Grazer Gemeinderates, Dr. Graf, wurde heute einstimmig wiedergewählt.

### Frankreich.

**Die Eröffnung des Parlaments. — Der Sturz des Ministeriums Brissac.**

Paris, 25. Oktober. Zahlreiche Polizeimannschaften sind aufgeboten und strenge Ordnungsmaßregeln getroffen worden. Die Ankunft Droulèdes, Millevaches und Drumonts vor dem Palais Bourbon giebt der auf dem Concordienplatz zahlreich versammelte Menge Anlaß zu Kundgebungen. Auf die Rufe: „Hoch die Armee!“, „Nieder mit den Juden!“ wird mit den Gegenrufen: „Hoch die Republik!“, „Hoch Frankreich!“ geantwortet. Die Polizei säubert den Concordienplatz. Es kommt zu Thätslichkeiten. Mehrere Personen werden verhaftet, darunter der Vorsitzende der Altkonservativen, Guérin, der den Polizeikommissar Leproust durch einen Schlag mit dem Spazierstock verwundet hatte.

Das Haus und die Tribünen sind stark besetzt. Es herrscht lebhafte Bewegung. Der Ministerpräsident Brissac Besteigt die Tribune. (Rufe auf der Rechten: Demission! Gegenrufe auf der Linken.) Brissac erinnert daran, daß er die Dreyfus-Angelegenheit bei dem Kassationshofe anhängig gemacht habe. (Festige Protestrufe, Tumult.) Er richtet an die Kammer die Bitte, die den Dreyfus-Handel betreffenden Interpellationen von den anderen zu trennen. (Vereinzelte Beifallsrufe.)

Hierauf Besteigt Droulède (Poët, Chauvinist und Konfusionsrat) die Rednertribüne und erklärt, die Mehrheit habe das Kabinett Brissac unterstellt, weil Cavaignac dazu gehörte. (Protestrufe auf der Linken.)

Die Deputierten Basly und Paulin-Mory werden handgemein. Alle Deputierten erheben sich von ihren Sitzen und protestieren heftig gegen das Benehmen der beiden Kollegen. Als die Ruhe wieder hergestellt ist, nimmt Droulède wieder das Wort und wirft der Regierung vor, die Macht usurpiert zu haben, und deutet auf die Lage hin, in der sich der Kriegsminister befindet. (Festige Protestrufe.)

Der Kriegsminister Chanoine erklärt: Ich wurde bei der Übernahme des Ministeriums Gegenstand einer vielleicht unverdienten Unpopulärität. Ich hatte nie etwas mit der Dreyfus-Affäre zu thun. Da ich aber hier öffentlich gereizt werde, so erkläre ich, daß ich einig mit meinen Kameraden bin und daß ich auch deren Ausdruck in der Affaire Dreyfus teilte. Und um darüber keinen Zweifel zu lassen, gebe ich hiermit meine Demission! (Furchtbare Aufregung herrscht im Haus, während General Chanoine unter Demonstrationen der Rechten den Saal verläßt.)

Brissac Besteigt die Tribune. (Erneute Rufe: Demission! und Gegenrufe: Nein, nein!) Er führt aus, der Beschuß betreffs der Überweisung der Angelegenheit Dreyfus an den Kassationshof sei in Gegenwart des Kriegsministers gefasst worden, und tadeln den Kriegsminister Chanoine, daß er entgegen jedem Brauche, inmitten der Kammer, demissioniert habe. (Langanhaltender Beifall, heftige Unterbrechungen.) Die Regierung wolle sich zur Beratung zurückziehen; die Kammer werde ihm Dank wissen, daß er dafür sorge, daß die Autorität der Civilgewalt gegenüber der Autorität der Militärverwaltung das Übergewicht habe. Die Sitzung wird unterbrochen.

Nach dem vorläufigen Schlusse der Kammerberatung begaben sich der Ministerpräsident Brissac und der Justizminister Sarrien nach dem Elysée, um dem Präsidenten der Republik von der Demission des Kriegsministers Mitteilung zu machen. Während der Unterbrechung der Kammerberatung herrschte in den Wandergängen eine lebhafte Bewegung. Die Vorfälle wurden erregt besprochen. Zahlreiche gemäßigte Republikaner erklärten nachdrücklich, daß angesichts des Vergehens des Kriegsministers alle politischen Meinungsverschiedenheiten verschwinden, und daß die Republikaner aller Schattierungen sich einigen mühten, um der Lage gewachsen zu sein. Du Jardin ergriff die Initiative, um die Bureaus der radikalen Linken, der progressistischen Vereinigung und der äußersten Linken zu vereinigen, und schlug ihnen vor, der Kammer eine Tagesordnung zu unterbreiten, in der der Entschluß der Kammer ausgedrückt wird, unter allen Umständen das Übergewicht der Civilgewalt zur Geltung zu bringen, und durch die die Verabredung der Interpellation auf Donnerstag verlängert wird. Die drei Bureaus nahmen die Tagesordnung an. Die Sozialisten waren gleichfalls dafür. Auch Moline und Barillou traten ihr bei. Alle republikanischen Deputierten verurteilten ernst das Verhalten des Kriegsministers. Gegen den früheren Forschungskreisenden Oberst Montell, der sich in den Wandergängen befand, wurden verschiedene Protestkundgebungen laut, weil er das Verhalten des Kriegsministers vertheidigte. Nach dem Verlassen der Kammer begab sich General Chanoine in das Elysée, Präsident Faure empfing ihn jedoch nicht, sondern ließ ihm sagen, er könne seine (Chanoines) Demission nur durch die Vermittelung des Ministerpräsidenten entgegennehmen. In der Unterredung mit Brissac erklärte Faure der Ansicht Brissons bei, den Posten des Kriegsministers einem Nichtmilitär zu übertragen, um damit die Unterordnung der Militärgewalt unter die Civilgewalt zu bestätigen. Präsident Faure verurteilte streng die Haltung Chanoines.

Eine Anzahl Manifestanten, die Hochrufe auf die Armee ausbrachten, hatten sich um 1 Uhr mittags vor dem Cercle Militair gesammelt. Als Droulède und andere antisemitische Deputierte den Cercle Militair, in dem sie gespeist hatten, verließen, erfolgte eine erneute Kundgebung, auch Rufe: „Nieder mit Brissac! Nieder mit den Juden!“ wurden ausgestoßen. Auf dem Concordienplatz misshandelten antisemitische Manifestanten den Polizeikommissar Leproust, den sie beschuldigten, er habe „Nieder mit Frankreich!“ „Nieder mit der Armee!“ gerufen. Diese Beschuldigung hielten sie vor dem Polizeipräfekten aufrecht, der den Vorwurf als Niedertracht zurückwies. Leproust auf begab sich, aus einer tiefen Stirnwunde blutend, vom Polizeipräfekten weg, gestützt, in den Tuileriengarten. Eine große Volksmenge stürzte den beiden unter Drohungen und Hochrufen auf die Armee nach. Infolge dieses Vorwurfs wurde bei Concordienplatz vom Militär geräumt und besetzt gehalten. Die Menge, aus der Hochrufe auf die Armee erklangen und aus der von einzelnen die Marschälle gefangen wurden, wurde von Kavallerie nach der Rue Royale und den Boulevards zurückgedrängt. Einige Läden hatten ihre Auslagen geschlossen, doch sind alle Kaffeehäuser geöffnet. Gegen 5 Uhr fing es zu regnen an. Darauf ging die auf den Boulevards angesammelte Menge langsam auseinander.

Bis 4 Uhr waren auf dem Concordienplatz und in dessen Umgebung 150 Verhaftungen vorgenommen worden. In den Wandergängen der Kammer verlautet, Brissac werde interimistisch den Posten des Kriegsministers übernehmen. Der Senat ging nach kurzer Sitzung ohne Zwischenfall auseinander.

Die Kammer schritt abends 8 Uhr zur Abstimmung. Zuerst zeigte sich eine große Mehrheit für die Regierung. Der Antrag Abstimmung, der das Übergewicht der Civilgewalt zuspricht, kam mit 13 Stimmen Mehrheit zur Annahme.

Der Progressist Mahy schlug nun folgenden Zusatz vor: „Die Kammer fordert die Regierung auf, dem Verleumdungsfeldzug gegen die Armee ein Ende zu machen.“

Brissac protestierte gegen diesen Zusatz, der gleichwohl angenommen wurde. Um das Kabinett zu retten, schlug der sozialistische Deputierte Bertaux einen zweiten Zusatz vor, worin der Regierung das Vertrauen ausgesprochen werden sollte, daß sie die nötigen Maßregeln zur Beendigung des Feldzuges gegen die Armee ergreifen werde. Brissac schweigt dazu. Dieser Antrag, wurde mit 286 gegen 254 Stimmen abgelehnt, wodurch die Minister den Saal verließen, da das Kabinett infolge dieser Abstimmung gestürzt war.

Die Gegner erhoben lautstark Jubel und riefen: „Hoch die Armee, nieder mit den Verrätern!“ Die Antisemiten und Nationalisten pflasterten die den Saal verlassenden Minister aus.

Baudry d'Asson brachte einen Dringlichkeitsantrag ein, alle Minister mit Ausnahme des Generals Chanoine, in Arrestzustand zu verlegen. Die Kammer beschloß jedoch, sich bis zum 4. November zu vertagen.

Um 12 Uhr nachts hatten sich die Minister ins Elysée begaben und ihre Demission eingereicht. Präsident Faure nahm die Demission des Kabinetts an und erfuhr die Minister, die Leitung der Geschäfte bis zur Bildung des neuen Kabinetts beizubehalten. Heute abend empfing der Präsident niemand und beriet erst am Morgen in aller Frühe mit den Präsidenten der beiden Kammer. Brissac unterstellt, weil Cavaignac dazu gehörte. (Protestrufe auf der Linken.)

Die Deputierten Basly und Paulin-Mory werden handgemein. Alle Deputierten erheben sich von ihren Sitzen und protestieren heftig gegen das Benehmen der beiden Kollegen. Als die Ruhe wieder hergestellt ist, nimmt Droulède wieder das Wort und wirft der Regierung vor, die Macht usurpiert zu haben, und deutet auf die Lage hin, in der sich der Kriegsminister befindet. (Festige Protestrufe.)

Der Kriegsminister Chanoine erklärt: Ich wurde bei der Übernahme des Ministeriums Gegenstand einer vielleicht unverdienten Unpopulärität. Ich hatte nie etwas mit der Dreyfus-Affäre zu thun. Da ich aber hier öffentlich gereizt werde, so erkläre ich, daß ich einig mit meinen Kameraden bin und daß ich auch deren Ausdruck in der Affaire Dreyfus teilte. Und um darüber keinen Zweifel zu lassen, gebe ich hiermit meine Demission! (Furchtbare Aufregung herrscht im Haus, während General Chanoine unter Demonstrationen der Rechten den Saal verläßt.)

Die Polizei hat zahlreiche Maueranschläge beschlagnahmt, in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, zu manifestieren. Die Nationalisten und Antisemiten verteilen in allen Straßen chauvinistische Zeitungen, Broschüren und Bilder. Die Generäle Boissière, Burlinden und Mercier lassen „patriotische“ Bänder verteilen.

Die Nachricht über den Sturz der Regierung verbreitete sich hier sehr schnell. Man riß sich förmlich um die Zeitungen. Auf dem Boulevard Montmartre und in der Rue Montmartre wogte eine ungeheure Menschenmenge. Fortwährend fanden Demonstrationen, besonders vor der Libre parole vor, die illuminiert hatte. Die Zahl der Demonstranten war ungeheuer.

Die Regierung verließ das Elysée und verließ das Kabinett.

Petersburg, 24. Oktober. Wie aus Kasan offiziös berichtet wird, ist durch persönliche Konferenzen des Ministers des Innern mit den Lokalbehörden die Höhe der Bedürfnisse für die Versorgung der von der Malaria betroffenen Bevölkerung nunmehr ermittelt worden. Die Bedürfnisse der Kreise Swjatoj und Tjetjuschi sind bis zum nächsten Frühjahr durch Getreide gedeckt, das das Finanzministerium abgegeben hat. Die übrigen Kreise des Gouvernement Kasan haben bereits zwei Drittel der erforderlichen Getreidemenge erhalten, das letzte Drittel ist durch den plötzlich eingetroffenen Frost auf den Flüssen in der Nähe des Bestimmungsortes aufgehalten worden, kann aber dortherin auf dem Landwege geschafft werden. Mit den Maßnahmen, die die Regierung zur Erhaltung des Viehstandes entworfen hat, erklärten sich die Vertreter der Semitow eingeschlossen. Ausgenommen in Nordrußland ist allenfalls, auch in Petersburg und an der Wolga, Lamelte eingetreten; in Moskau schließen sich die Schiffe an, die Fahrten in vollem Umfang wieder aufzunehmen.

Hierzu zwei Beilagen.

# Sozialdemokr. Verein L.-Ostbezirk.

# Achtung, Tischler!

Freitag, 28. Oktober abends 1/2 Uhr **Versammlung** in den Drei Mohren zu L.-Augst.

Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin K. Duncker-Doell über: Spiel und Arbeit in ihrer Bedeutung für die Kindererziehung. 2. Lehrerinnenseminar und Stadtverordneten-Kollegium. 3. Parteiz. und Vereinsangelegenheiten. 4. Fragestunden.

Umfändesbalber mußte diese Versammlung (statt Donnerstag) zum Freitag angelegt werden. Indem wir besonders die Frauen auf vorstehende, überaus wichtige Tagesordnung aufmerksam machen, laden wir zu recht zahlreichem Besuch ein.

Freitag den 28. Oktober abends 1/2 Uhr **Werkstattdelegierten-Versammlung** im Coburger Hof, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: Stellungnahme zur Wahl eines Gesellenausschusses für die Abgangsstimme. [10197] Kollegen! Es ist dringende Pflicht, daß jede Werkstatt vertreten ist, sonst also wo es nötig, für Wahl von Delegierten.

Die Tarifkommission.

Jedem wie besonders die Frauen auf vorstehende, überaus wichtige Tagesordnung aufmerksam machen.

Der Vorstand.

# Achtung! Arbeiter, Parteigenossen!

Morgen Donnerstag den 27. Oktober abends 1/2 Uhr

# Oeffentl. Versammlung

im Felsenkeller zu L.-Plagwitz.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Schugoll und Freihandel und deren Einfluß auf die Lage der Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Politische Rundschau. 4. Diskussion.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins L.-Westbeir.

# Wahlverein für Leipzig-Stadt.

Mittwoch den 2. November abends 1/2 Uhr

# General-Versammlung

in beiden Sälen der Flora, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Schoenlank über: Die politische Lage. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Bericht des Kassierers. 4. Wahl eines 1. Schriftführers. 5. Anträge der Mitglieder.

Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches gestattet.

Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Freitag den 28. Oktober abends 1/2 Uhr **Handels-Hilfsarbeiter!**

**Oeffentl. Versammlung** in Stadt Hannover, Seeburgstraße 5/5.

Tagesordnung: 1. Kreis und Kreis moderner Arbeitervereinigungen. Referent: Genosse A. Gusch. 2. Abrechnung des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben. 3. Bericht des Gewerkschaftsratelli-Berichters und Neuwahl desselben. 4. Diskussion über alle Punkte.

[10181] Wir wünschen, daß auch die Speditionskarbeiter erscheinen. Der Einberüster.

**Allgemeine Kranken- u. Begräbniskasse zu L.-Gohlis. (E. H.)**

Sonnabend den 5. November abends halb 9 Uhr

**Ausserordentliche Generalversammlung im Kaiserpark zu Gohlis (unterer Saal).**

Tagesordnung: 1. Beschlusstafung über Auflösung der Kasse. 2. Verschiedenes.

[10122] Der Vorstand.

**Naturheilverein Gohlis.**

Donnerstag den 27. Oktober abends 9 Uhr **Vortrag im Schillerschlösschen**

Das Nervensystem, Gehirn- und Nervenkrankheiten. Demonstration an großen farbigen Lichtbildern, von Herrn Naturarzt Rudolph, Gohlis.

Eintritt frei. Gäste willkommen.

[10188] Der Vorstand.

**Zwenkau u. Umg.**

Sonnabend den 29. Oktober abends 8 Uhr

**Oeffentl. Versammlung**

im Saale des Goldenen Adlers in Zwenkau.

Tagesordnung: 1. Die Bedrohung des Koalitionsrechtes der Arbeiter. Referent: Ernst Grenz aus Leipzig.

2. Diskussion. Arbeiter von Zwenkau und Umgegend, erscheint in Massen in dieser Versammlung.

[10188] Der Einberüster.

**Ich kann es!**

Complete  
Braut-Ausstattungen  
auf Abzahlung

von 1.50 pro Woche an  
bei nur 20 Mf. Anzahlung

Nejere ich

2 Bettstellen	1 Spiegel
2 Matratzen	1 Küchenschrank
1 Sofa	1 Küchentisch
1 Schrank	1 Küchenstuhl
1 Tisch	

Möbel- u. Ausstattungs-Geschäft

von

**N. Fuchs**

Kurprinzstr. 13, 1. Etg.  
vis-à-vis der Markthalle.

Fertige Federbetten Möbel Spiegel- und Polster-  
waren in Auswahl billig.  
von neuen Gänselfedern billig, täglich  
von 2—5 Uhr nachm. Peterstr. 12, III. G. H. Keller  
L. Thonberg, Reitzenhainer Strasse 49.

**J. Jttmann**  
Grösstes  
Waren- und Möbel-Credit-Haus.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. O. Morgenstern in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

# 1. Beilage zu Nr. 249 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch, den 26. Oktober 1898.

## Ein Kampf ums Recht in der Schweiz.

Über die Beschlagnahme der Broschüre der Johanna Elbers-Schweiz schreibt die Zürcher Post:

Mit einer Depesche des bernischen Regierungsrathalters Beiermann in der Hand, verlangten zwei Detektive der Kantonspolizei Einlaß in die Schabellhütte Druckerei, um den Sach der überstürzten Broschüre zu beschlagnahmen. Zu einer solch eingreifenden Maßnahme hatten die Polizisten keine andere Legitimation als eine Depesche aus Bern. Ein Wort vom Zürcherischen Polizeihauptmann, sein Wort einer Zürcherischen Untersuchungsbehörde. Dieses Vorgehen halten wir, zumal es seine Konsequenzen haben könnte, für bedenklich. Wir glauben, die Druckerei Schabell wäre gar nicht verpflichtet gewesen, einer so formlosen Aufforderung folge zu leisten. Austräge hat unsere Kantonspolizei nur von zürcherischen Untersuchungsbehörden entgegenzunehmen, und wollen ja das durch die Vermittelung unserer Justizbehörden zu geschehen. Das ist der gesetzliche Weg.

Fr. Überkirchen soll sich von Zürich aus deswegen geschützt haben, weil sie der ungeeigneten Verhaftung entgehen wollte.

Unser Werner <>>>-Korrespondent schreibt uns zu der Anlegenheit: Die Frankfurter Zeitung gefällt sich darin, hier und da ihren Lesern in der Schweiz größere und kleinere Schauermärkte anzuführen. Die neueste Leistung in dieser Richtung ist die Breitschlagung eines Cheftandales, dem durch Klage über Rechtsverweigerung und Polizeiwillkür das nötige Relief verschenkt werden soll. Unglücklicherweise handelt es sich dabei um einen Angehörigen der sozialdemokratischen Partei, was die gesamte Bourgeoisie der Schweiz wie eine blutgierige Meute auf die Eute der Frankfurter Zeitung stürzen läßt, um sie ihren Lesern unbeschwert vorzusehen. Dieses Verfahren ist um so bezeichnender, als jeder der Korrespondenten der Frankfurter auf den ersten Blick ansehen mußte, daß dabei Übertreibungen und Entstellungen in Hülle und Fülle mit unterlaufen. Selbstverständlich handelt es sich uns nicht darum, unseren Genossen Aebi, der in Bern als Anwalt praktiziert, rein zu waschen. Aber wir verlangen auch für ihn die Rücksicht, die im allgemeinen den Ausdruck ethischer Differenzen der Dessenlichkeit vorenthält. Ebenso protestieren wir dagegen, daß dem Angeklagten die auf geistigem Wege vor sich gegangene Notwehr als Akt der Brutalität vorgeworfen und die ganze Angelegenheit zu einem Polizeistand aufgebaut werde, der den Rechtszuständen in der Schweiz ein geradezu vernichtendes Urteil ausspricht.

Der Darstellung der Frankfurter Zeitung steht nun die Thatache gegenüber, daß Genosse Aebi Fr. Überkirchen wegen Erpressung verklagt, weil sie für das Versprechen, die erwähnte Zeitung nicht zu publizieren, 20000 Franken (16000 Mk.) verlangte. Die Konfession der noch nicht in die Dessenlichkeit gedrängten Broschüre ist ebenfalls nicht ein Akt der Polizeiwillkür. Sie wurde vielmehr vom Untersuchungsrichter angeordnet, weil diese Broschüre das Mittel zur Begehung einer unabaren Handlung (Erpressung) war. Damit qualifizierte sich die ganze gewaltige Anklage als der Angriff eines rabiaten Frauenzimmers, daß das Segnaleben schon mehrfach zum Gegenstand ihrer schriftstellerischen Thätigkeit gemacht hat. Sie schrieb unter anderem: Prostitution des Mannes, Sexuelle Anarchie, Eunachismus der Liebe.

Hat Genosse Aebi seine Stellung als Ehemann missbraucht, seine Maitresse im Hause gehalten etc., so hat er das zunächst mit sich und seinem Gewissen auszumachen. Art und Grad seines Fehlers wird der Eheurteilsprozeß beleuchten. Hoffentlich wird auch nach dieser Seite hin die Anklage so zusammenzuschrumpfen, daß wir der Meinung der öffentlichen Ankläger das Wort entgegenhalten können: Wer sich schuldlos fühle, werfe den eisigen Stein auf ihn. Sollte dies aber nicht eintreten, so wird die Sozialdemokratie ohne weiteren Rat wissen, was sie zu ihm hat.

## Die Pestfälle in Wien.

Wien, 25. Oktober. Das Besinden der Wärterin Pechs ist derart kritisch, daß die Arzte jede Hoffnung aufgegeben haben. Alle übrigen unter Beobachtung stehenden Personen sind außer Gefahr. Ihr Zustand ist ausnahmslos zufriedenstellend.

In der heutigen Abgeordnetenhaus-Sitzung erklärte Graf Thun auf eine Interpellation wegen der Vorlesungen gegen die Pestgefahr, es seien alle Maßregeln getroffen, die sich zur Bekämpfung einer weiteren Ausbreitung der Pestgefahr als notwendig darstellten. Er lege das größere Gewicht darauf, daß alle Nachrichten über den jeweiligen Stand der Pesterauflösungen vollkommen wahrheitsgetreu der Dessenlichkeit überliefert würden, weil er in einem solchen Vorgehen das geeignete Mittel zur Verhütung der Bevölkerung erbliebe. Gegenüber dem Berlangen nach dem Verbote schädlicher Experimente seitens der Ärzte in den Kliniken erklärt Graf Thun, die Experimente, die zu den Erkrankungen Veranlassung gegeben hätten, seien im Pathologischen Institute, weit entfernt von den Krankensälen, vorgenommen worden. Der Ministerpräsident hob den enormen Wert der bacteriologischen Forschungen für die Medizin und das Leben Taufenden von Menschen hervor. Freilich sei es notwendig, an die Institute, in deren Räumen Untersuchungen über Infektionskrankheiten angestellt werden, strenge Maßnahmen zu äußern. Vorsicht, die das sachmäßige und das dienende Personal zu beobachten hätten, ergehe zu lassen, aber ein Verbot der experimentellen Erforschung der Krankheiten würde für das Wohl der Menschheit nur schädlich wirken. "Möge man kommt", sagte der Ministerpräsident, "die wohlthätigen Erfolge der wissenschaftlichen medizinischen Forschung, der man den unvergleichlichen Aufschwung der öffentlichen sanitären Verhältnisse verdankt, nicht erkennen, es vielmehr vermeiden, daß ihrer Entwicklung Hindernisse bereitet, oder gar im Geiste der Bevölkerung unberechtigte Befürchtungen und Misstrauen erweckt werden. Man kann mit Verhüting in die Zukunft blicken." Graf Thun gedenkt schließlich des verstorbenen Dr. Müller, der seinem hohen Berufe zum Opfer gefallen sei.

Auf den Antrag des Antisemiten Gregorius wird in der nächsten Sitzung über diese Beantwortung eine Debatte eröffnet werden.

Die Wiener Allg. Stg. meldet, Professor Nothnagel erkenne sich des besten Wohlbefindens; seine Isolierung dürfte kaum länger als drei bis vier Tage dauern. Die Vorleistungen im Allgemeinen Krankenhaus bleiben auf Anordnung des Defans festgestellt, dürfen jedoch schon in der künftigen Woche wieder aufgenommen werden, da eine weitere Verbreitung der

Sonne als ausgeschlossen anzusehen ist. Wie die Wiener Abendpost berichtet, wurden gestern abend sämtliche Haushalte des Allgemeinen Krankenhauses und des anatomisch-pathologischen Instituts begangen. Das Ergebnis war vollkommen beruhigend. Innerhalb der Spitalsanlage wurde nur eine geringe Anzahl lebender Statten und nur eine tote Statt gefunden; sonst wurde nichts Auffälliges wahrgenommen. Heute abend werden sämtliche Räume mit Hochquellwasser durchgespült werden.

Wien, 26. Oktober. Nach einem gestern abend veröffentlichten Krankheitsbericht hatte die Wärterin Pechs eine Temperatur von 40,6 Grad, der Puls zeigte 160 Schläge. Auf der Brust stellte sich eine Hautblutung ein. Schwester Wilfrida hatte 37,6 Grad, ihr sonstiges Besinden ist gut. Die Wärterin Pechs hatte 37,9 Grad. Sie hatte Kopfschmerzen, aber keine anderen Schmerzen. Allen anderen geht es gut.

Budapest, 25. Oktober. Die Volkspartei brachte in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses einen Dringlichkeitsantrag dahin ein, die Regierung solle wegen der Gefahr der Einschleppung der Pest die österreichische Grenze sperren.

## Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Rückgang der Landwirtschaft in Sachsen. Besonders stark ist seit dem Jahre 1880 die Verminderung der dem Landbau dienenden Bodenfläche gerade im Königreich Sachsen gewesen. Das vom sächsischen Ministerium des Innern herausgegebene Statistische Jahrbuch verzeichnete für das Jahr 1880 noch eine landwirtschaftlich produktive Fläche von 1015218 Hektar, für das Jahr 1895 aber nur noch von 998652 Hektar. Es hat mithin eine Abnahme um 16566 Hektar oder 16,5% Quadratkilometer stattgefunden! Der größte Teil dieser dem Landbau verloren gegangenen Fläche an Acker- und Gartenland, Wiesen, Weiden und Weinbergen ist, so schreibt die Köln. Stg., mit dem fortstretenden Wachstum der Städte und Industriekräfte bebaut worden: 1880 betrug die Versicherungssumme der sämtlichen Gebäude Sachsen's bei der Landesbrandkasse noch nicht drei Milliarden, heute hat sie bereits die Höhe von fünf Milliarden erreicht! Das sind mächtige Umgestaltungen unter dem Einfluß unseres veränderten wirtschaftlichen Lebens. Auch durch das alljährlich sich vergrößernde Eisenbahnnetz des Landes ist ein beträchtlicher Teil des Bodens seiner ursprünglichen Benutzung entzogen worden.

b. Borna, 25. Oktober. Daß auch hier die Arbeiter sich rühren, das bewies die am Sonntag im Gasthof zu Gaudendorf, der das einzige Versammlungsort hier ist, abgehaltene Maurer- und Zimmererversammlung, in der Kollege Beyer aus Leipzig über die Arbeitgeberverbände im Baugewerbe und ihre Bestrebungen gegen die Organisation im Maurer- und Zimmerergewerbe sprach. Die von etwa 200 Personen besuchte Versammlung nahm folgende Resolution an: "Die heute in Gaudendorf versammelten Bauhandwerker und Berufsgenossen erheben mit Einschluß Protest gegen die angekündigte Schaffung des Koalitionsrechts. Sie verkünden, fortgesetzt im Interesse der Organisation thätig sein zu wollen." Der Organisation schlossen sich etliche 80 Männer an, so daß nun 90 Bauhandwerker organisiert sind.

Döbeln, 25. Oktober. Auf verschiedene Beschwerden hiesiger Fabrikanten wegen der unzureichenden Einrichungen auf dem Bahnhofe ist folgende Antwort der königlichen Generaldirektion eingegangen:

Auf die Eingabe vom 12. d. M. erwideren wir ergebenst, daß die zur Beschwerde gezeugten Veränderungen in der Auffertigung von Stückguß auf dem Bahnhofe Döbeln durch eine ganz plötzliche Verkehrszunahme am Ende vorigen und am Anfang dieses Monats, sowie durch das gleichzeitige Eintreffen einer erheblich großen Anzahl von Stückauftrüden für den am 10. und 11. d. M. dagegen abgehaltenen Jahrmarkt hervorgerufen worden sind. Wir haben uns selbst von der eingetretenen Verkehrsstockung überzeugt und die zu deren Behebung erforderlichen Maßnahmen getroffen. Es ist eine zweite Güterannahmestelle durch Aufstellung einer zweiten Waage geschaffen worden und eine Verlängerung der Arbeitszeit des Güterbodenpersonals eingetreten. Dieses selbst ist bedeutend (?) vermehrt worden. Wir hoffen hierdurch, bis Ende dieser Woche wieder vollständig geordnete Verhältnisse auf dem Bahnhofe Döbeln herzustellen. Im übrigen unterlassen wir nicht, Ihnen unser Bedauern über die Ihnen erwachsenen Unzuträglichkeiten auszusprechen. v. Kirchbach.

Wozu müßte denn die Arbeitszeit des auf dem hiesigen Bahnhofe ohnehin übermäßig angestrengten Güterbodenpersonals verlängert werden, wenn man das Personal selbst "bedeutend" vermehrt hat? Wie werden ja wohl demnächst über diese bedeutende Vermehrung des Personals etwas Näheres erfahren.

Grimmitzsch, 24. Oktober. Gegen das Gemeinderatsmitglied Genosse Diehsch in Neukirchen schwört Anklage, weil er den Pfarrer Heinrich Voigt in einer Schlauchschüttung beleidigt haben soll. In der betr. Sitzung hat es sich um die Regelung der Lehrergehälter gehandelt und Lehrerbesitzer Wimmiert, ebenfalls ein Ausschußmitglied, hatte gebeten, sich einzumengen über die vorgeschlagene Gehaltsstaffel der Lehrergehälter auszusprechen. Genosse Diehsch brachte nun seine Meinung in folgender Weise zum Ausdruck: "Meine Herren! Ich hätte zu dieser Frage einmal eine Gleichstellung einzutragen. Ich nehme an, unser Herr Pfarrer hätte einen Gehalt von ungefähr 3500 Mk. etwas darüber oder darunter. Einem solchen Gehalt gegenüber müßte der Gehalt eines Lehrers, entsprechend den Leistungen, die ein Lehrer an den jungen Elementen zu vollbringen hat, mit 4000—5000 Mk. bemessen sein." Da hüpste der Herr Pfarrer in die Höhe und erwiderte Diehsch, er habe gar kein Verständnis von der Kirche und ginge doch überhaupt gar nicht hinein. Genosse Diehsch soll nun durch obige Worte den Ortsfarrer beleidigt haben. — Wenn es sich um weiter nichts handelt, wird Herr Pfarrer Voigt wohl kaum die gewünschte Sühne erhalten.

Eine Versammlung sämtlicher Krankenassen-Vorstände nahm einen Antrag an, den hiesigen 14 Ärzten das Ultimatum zu stellen, sich bis zum 1. November dahin zu erklären, ob sie gewillt sind, fernerhin die Kostenmitglieder gegen ein Fixum von 2 Mk. pro Kopf und Jahr zu behandeln. Gegenwärtig beträgt das Fixum 1,50 Mk. Der ärztliche Bezirkverein Zwicker verlangt für die ihm unterstehenden Ärzte ein Mininalhonorar von 3 Mk. pro Kopf und Jahr. Wenn die Ärzte dieser Forderung nicht entsprechen sollten, beabsichtigt man, ca. vier Ärzte von auswärtig anzustellen, die dann ausschließlich für die Krankenassen praktizieren sollen.

Zunzenau, 25. Oktober. Hier sind drei Posten zu besprechen,

die bisher ein einziger Mann versorgt hatte, die des Glöckners, Schulhaussmanns und eines Nachthausmannes. Der erste Posten wird 285, der zweite 520 und der des Nachthausmannes 800 Mark ab. Hier ist die Frage zweifellos berechtigt, wie kommt man bis zu einem einzelnen Mannen zumutbar. Arbeiten zu verrichten, wo, wie Figura zeigt, 3 Mann notwendig sind? Das zu erfahren, wäre zweifellos sehr interessant.

Zwickau, 25. Okt. Der Freisinnig-reichstreue Verein hielt eine außerordentliche Hauptversammlung ab, die sich als einzigen Tagesordnungspunkt mit dem Antrage des Vorstandes beschäftigte, den Namen Freisinnig-reichstreuer Verein in Nationalliberalen Verein umzuwandeln. Aus der Mitte der Versammlung wurde dieser Antrag mit Freuden begrüßt und nach lebhafter Aussprache mit allen Stimmen gegen eine angenommen. Der Nameverschluß, der den alten Streit in den Vandal schied, besteht demnach hier nur noch aus einem einzigen Anhänger. Nun der alte Streit tot ist, hat man mit dem Freisinn, der ja nur den Namen nach existierte, aufgeräumt, und ihn auch aus dem Namen getilgt.

Plauen, 25. Oktober. Im Anschluß an die am 29. und 30. September in Berlin von Weben und Spinnern geprägten Beratungen über die Garanzollfrage hat der Verband der deutschen Baumwollgaran-Konsumenten im Verein mit dem Verband der süddeutschen Baumwollgaran-Konsumenten bei seinen Mitgliedern eine Erhebung über die Garanzollfrage veranlaßt, wobei auch die Frage der Rückvergütung der Garanzölle mit zur Erörterung gestellt worden ist. Wie die Deutsche Leinenindustrie mitteilt, haben etwa 75 v. H. der befragten Firmen gekündigt, daß eine Vollrückvergütung bei ihren Fabrikaten und durchführbar sei. Dabei soll sich die Gruppe der hiesigen Gardinenfabrikanten für Einführung der Admission temporaire (zeitweilige Zulassung) nach dem Muster des neuen französischen Zollschusses ausgeworben haben. Die Mehrzahl der befragten Firmen fordert eine allgemeine Herabsetzung der Zölle, besonders für grobe und mittelhafte Baumwollgarne, in denen die deutsche Spinnerei leistungsfähig genug sei, um den Weltmarkt auch ohne Zollschuß aufzunehmen zu können. Nur ein Bruchteil hat sich für Beibehaltung der bisherigen Zollsätze ausgesprochen.

Annaberg, 26. Oktober. Die bekannte Bekleidungssache der Stadträte Gräfe und Matthes hat nun gestern auch das Reichsgericht beschäftigt. Bei der Landtagswahl 1897 standen sich Gräfe und Matthes als Gegner gegenüber, der erste als Kandidat der vereinigten bürgerlichen Wahlrechtsgegner, der andere als Kandidat der Anhänger des verschlechterten Wahlrechts, wurden jedoch beide nicht gewählt. Während des Wahlkampfes hatte Matthes an den Stadtverordnetenvorsteher Lange einen Brief geschrieben, in welchem er behauptete, Gräfe habe damals seine Eidspflicht verletzt. Nunmehr stellte Stadtrat Gräfe gegen Matthes Strafantrag wegen Beleidigung. Die am 15. November 1897 abgehaltene Verhandlung vor dem Schöffengericht Annaberg endete jedoch mit der Freisprechung des Angeklagten. Auf die Berufung des Antragsstellers hob jedoch im Januar 1898 das Landgericht Chemnitz das Urteil auf und verurteilte Matthes zu 50 Mk. Geldstrafe. Über die Verhandlung vom 15. November 1897 halle nun der Vater des Stadtrates Gräfe, der Pfarrer Hermann Camillo Gräfe, einer sehr ausführlichen und mit kritischen Bemerkungen versehenen Bericht an die Redaktion des Schmids-Volks in Annaberg gefandt. Diesen Bericht brachte der Redakteur Kestner in mehreren Nummern zum Abdruck. Außerdem veröffentlichte er auf Veranlassung des Stadtrates Gräfe noch ein Stück eines Artikels von Friedrich Dornburg über den Dreyfus-Prozeß, in welchem von dem öffentlichen Gewissen die Rede ist. Durch diese Publikationen fühlten sich der Amtsrichter Dr. Jahn und die beiden Schöffen beleidigt, weil ihnen darin mehr oder weniger verblistet Pflichtvernachlässigung bei Behandlung des fraglichen Prozesses vorgeworfen wurde. Auf den von ihnen gestellten Strafantrag verurteilte das Landgericht Chemnitz am 25. Mai 1898 die Brüder Gräfe und den Redakteur Kestner wegen Beleidigung zu Strafe. Die Revision der drei Angeklagten kam hente vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Pastor Gräfe war persönlich erschienen und zeigte in längerer Rede aneinander, daß er nur die Ehre seiner Familie habe wahrnehmen und berechtigte Kritik habe üben wollen. Das Reichsgericht hielt jedoch das Urteil für korrekt und verwahrte die Revision.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Auch die Fleischinnung in Zwickau hat in verschiedenen Geschäftsstätten eine Eingabe an den Reichstag ausgelegt, in der die Aushebung der Grenzsperrre gegen die Viehherde verlangt wird, soweit nicht gesundheitliche Rücksichten besondere Maßnahmen bedingen. — Trotzdem in Schlettach bei Annaberg eine ständige Wahrstelle bereits zum zweitemal ausgeschrieben worden ist, haben sich nur drei Bewerber gemeldet. Da sie aber den geforderten Ansprüchen nicht genügen, so muß die Stelle vorläufig unbelegt bleiben und von den anderen Lehrern bis auf weiteres mit vertreten werden. — Im sogenannten Nonnenhöfchen bei Neubert in der Umgebung von Plauen haupte nahe dem Burgturm ein alter Einfelder. Eine Höhle im Walde hat sich der alte Mann zu seinem ständigen Aufenthalte wohnlich eingerichtet, er verbringt auch die Nacht darin. Die Besitzer des Waldes und die Bewohner der umliegenden Ortschaften haben sich über den harmlosen Alten nicht zu beklagen, und so lädt man ihn denn gewöhnen. Der "harmlose" Alte würde gewiß auch ein wohnlicheresheim seiner Höhle vorziehen, wenn er die Mittel dazu hätte. Nette Zustände! — Am Dienstag morgen gegen 8 Uhr wurde ein Straßenarbeiter aus Hohenstein von einem Schnellzug überfahren und sofort getötet. Der Verletzte wurde in seinem Körperlänge von dem Zuge in zwei Hälften geteilt. — In dem bayerischen Grenzort Tröbes ist der 80-jährige Armenhäuser Neubert verhungert aufgefunden worden. Verhungerte Arbeiter kommen nach einem Auspruch des früheren Ministers von Voitlicher bekanntlich nur in Romanen vor.

## Aus dem 11. sächsischen Reichstagwahlkreise.

m. Bützen, 22. Oktober. Eine Versammlung, deren Zweck es hauptsächlich war, Protest gegen die drohende Buchhausvorlage zu erheben, fand heute abend im Saale der Stadt Wien unter zahlreicher Beteiligung statt. Der Genosse Reichstagsabgeordneter August Kaden hatte das Referat übernommen. In eindringlicher Weise sprach er über die neue Bedrohung des Koalitionsrechts und an der Hand vieler Thatsachen wies er nach, daß auch ohne die Buchhausvorlage die unglaublichen Urteile gefällt werden. Redner gab noch belläufig eine kurze Strophe über englische Gewerkschaftsverhältnisse. Als Genosse Kaden zum Schlusse sagte: "Mag man uns auch vaterlandslose Stotze nennen", wurde ihm vom überwachenden Sekretär Pößler das Wort entzogen. Gegen diese Wortentziehung wird das Bureau Beschwerde erheben. Die Versammlung nahm hierauf einstimmig eine Resolution gegen die

Buchhausvorlage an. Hierauf wurde der Geschäftsbericht des Gewerkschaftskartells erstattet. Demzufolge betrugen die Einnahmen in diesem Jahre 133,78 Ml. und die Ausgaben 130,65 Ml. Ausgelandt wurden 5000 Flugblätter und 2000 Handzettel verbreitet, ferner wurden zwei Protestveranstaltungen und eine Frauenverammlung abgehalten, auch wurden in diesem Jahre 10 Vorstandssitzungen und 9 Kartellsitzungen abgehalten. Das Kartell mußte im verflossenen Jahre 14 Strafmandate in der Höhe von 10 Ml. bezahlen. Weitere Agitation wurde entfaltet unter den Zimmerern, Bauhandarbeitern, Steinarbeitern und Bäckern. Bei verschiedenen Gewerkschaften mußte das Kartell Einberüter und Leiter zu Versammlungen stellen. Ein Gewerkschaftsfest konnte wegen Faschmangels in diesem Jahre nicht stattfinden. Mit der Gewerbeinspektion hatte sich das Kartell mehrere Male zu beschäftigen. Die Agitation hatte infolge der Reichstagswahlbewegung etwas zu leiden, desgleichen waren auch die Kassenverhältnisse infolge der starken Inanspruchnahme der Genossen während der Wahlbewegung nicht so günstige wie im vorigen Jahre. Trotz allem sind Fortschritte zu verzeichnen. Neugegründet wurde die Organisation der Zimmerer. Die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter in Würzen beträgt jetzt rund 400. Im Jahre 1896 betrug sie 130, also ein Mehr von 270. Die stärkste Organisation ist die der Maurer mit 140, die kleinste die der Maler mit 7. Die Organisation der Buchdrucker ist eingegangen, da die Mitglieder fast alle von hier abgetreten sind. Der Berichterstatter hofft, daß das Gewerkschaftskartell als Vertreterin der gesamten Arbeiterschaft auch im kommenden Jahre recht rege arbeiten möge. Hierauf wurden die Delegierten wieder gewählt. Nach langerer lebhafter Debatte wurde der Maler Müller, Tischler Werner und Kanitz, Zimmerer Reinhards und Leichmann, Metallarbeiter Böhme und Kogohl, Cigarrenmacher Sambale und die Schuhmacher Breitschneider und Ohmann gewählt. Die Organisation der Maurer wählt ihre Delegierten in eigener Versammlung.

**Schleiditz.** 25. Oktober. Am Sonnabend fand hier eine sehr gut besuchte Protestverammlung gegen die Vernichtung des Koalitionsabkommens statt. Das Referat hatte Reichstagabgeordneter Thiele-Halle übernommen. Der Vortrag wurde von der Versammlung sehr beifällig aufgenommen. In der Diskussion sprachen verschiedene Genossen im Sinne des Referenten. Hierauf erstattete der bisherige Vertrauensmann für Schleiditz, Genosse Böhm, seinen Rechenschaftsbericht. Im verflossenen Geschäftsjahr wurde eingenommen insl. des Kassenbestands 715,51 Ml., ausgegeben 660,69 Ml., bleibt ein Kassenbestand von 54,82 Ml. Versammlungen fanden statt zwölf. Bei der Reichstagswahl hatte sich die sozialdemokratische Stimmenzahl vermehrt von 390 im Jahre 1893 auf 499 im Jahre 1898. Als Vertrauensmann für das kommende Jahr wurde Genosse Böhm einstimmig wiedergewählt. Die Neuwahl des Agitationskomitees für den Wahlkreis Merseburg-Dessau ergab die Wahl der Genossen Bach, Höbler, H. Görlitz, Elsner, Seeger und G. Semm. Unter Verschieden wurden noch einige städtische Verhältnisse erörtert und nachdem der Referent in seinem Schluswort die Versammlung nochmals kräftig ermahnte, den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen beizutreten und die Arbeiterpresse zu lesen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Delitzsch.** 24. Oktober. Vorige Woche wurde auch der bisherige städtische Steuereinsammler W. verhaftet. Er soll sich mehrerer Unterschlagungen und Urkundensäufschungen dadurch schuldig gemacht haben, als er von den Mitgliedern der Ortskrankenkasse höhere Beiträge einkassierte, als diese zu zahlen hatten. Die Eintragungen in seine Sammellisten seien dagegen wurden richtig gemacht.

**Gera.** 25. Oktober. Das Fürstentum Reuß j. L. zählt etwa 3000 Katholiken, für die vor vier Jahren hier eine Pfarrei gegründet worden ist. In einem Aufruf des Pfarrers Dr. Lassalle an die "lieben katholischen Glaubensgenossen" in dem neu gegründeten Dresdener katholischen Wochenblatt, den das apostolische Vikariat im Königreich Sachsen dringend dem Wohlwollen und der Wohlthätigkeit der Gläubigen empfiehlt, wird die finanzielle Lage der Pfarrei als so ungünstig geschildert, daß "das neu gegründete Pfarrsystem in wenigen Jahren wieder aufgehoben werden muß, wenn die so oft und herlich bewährte christliche Charitas den armen Glaubensbrüder nicht zu Hilfe kommt". Ein Besuch des Kirchenvorstands an die Staatsregierung um Befehl zum Unterhalte des Pfarrsystems aus Staatsmitteln blieb erfolglos. Die Pfarrei hat "in kurzer Zeit mehr als 1500 Personen, meist aus dem Arbeiterstande angezogen". Es wäre gewiß schrecklich, wenn diese 1500 Arbeiter im Kampfe ums tägliche Brot ihrem heiligen Glauben verloren gingen.

**z. Erfurt.** 25. Oktober. Die former Heinrich Schier und Wilhelm Göthe hatten am Vormittag des 23. April blaue gemacht, waren dann in animierter Stimmung nach der Fabrik gegangen, wo sie bisher beschäftigt waren, und hatten einige

arbeitende Kollegen aufgesucht, doch auch zu feiern. Es kam dabei zu Wortwechsel und Schlägerei, die einen derart ernsten Charakter annahm, daß, wie heute Beugen befunden, die Einbringer mit blutigen Klüppen wieder abschießen mussten. Die Staatsanwaltschaft beantragte heute gegen Schier, der 12 Wochen in Untersuchungshaft gewesen, neun Monate und gegen den Mitangeklagten sechs Monate Gefängnis. Bezuglich der "Arbeitswilligen", die die Schläge ausgeteilt, meinte der Staatsanwalt, diese hätten sich bei Abwehr in der Belästigung bei der Arbeit in Notwehr befunden, sie würden daranthon auch als Beugen vereidigt. Die Strafkammer erkannte auf sechs Monate gegen den einen, auf sechs Wochen Gefängnis gegen den anderen Angestellten.

**Jena.** 25. Oktober. Heute ist die neuerrichtete Universitäts-Augenklinik eröffnet worden.

**Vom Harz.** 25. Oktober. Die landespolizeiliche Abnahme der Brockenbahn soll unmehr in den ersten Tagen des Novembers stattfinden.

## 7. Generalversammlung der Vereinigung der Maler, Aufstreicher, Lackierer und der verw. Berufsgenossen.

25. Oktober 1898.

Der Vorsitzende der Vereinigung, Tobler (Hamburg), eröffnete Dienstag die Generalversammlung. Anwesend sind 41 Delegierte, der gefaßte Vorstand der Vereinigung, als Vertreter des Ausschusses Hush (Stuttgart) und als Vertreter der Generalkommission Sabath (Hamburg).

Tobler erstattet den Geschäftsbericht des Vorstandes.

Daraus ist zu entnehmen, daß die feste Amtstellung des Vorsitzenden für die Vereinigung vorteilhaft war. Es werden nicht nur Kosten gespart, sondern der Vorstand war auch in der Lage, sich mehr der Agitation zu widmen als früher. Die Mitgliederzahl ist trotz der Erhöhung der Beiträge um rund 1500 gestiegen. An zahlenden Mitgliedern zählt die Organisation zur Zeit rund 6000. Gepründet wurden im Laufe der letzten Periode 58 Filialen, 24 haben sich aufgelöst. Von ganzen bestehen zur Zeit 180 Filialen, sowie 60 Bahnhöfen. Die Zahl der Aufnahmen betrug bis 1. Oktober d. J. 12142. Die finanziellen Leistungen der Organisation haben sich wesentlich verbessert. Für die Agitation sind vom 1. April 1897 bis 1. Juli 1898 insgesamt 5484,80 Ml. ausgegeben worden. Für Reiseunterstützung wurden 1668,75 Ml. oder für das reisende Mitglied 7,75 Ml. gezahlt. Lohnkämpfe gab es im Jahre 1898 zum 1. Juli 10, an denen sich 1175 Kollegen beteiligten. Das waren 6 siegreich, 2 nur teilweise und 2 gingen verloren. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 20577,65 Ml. Gemeinkostenwert ist, daß auf die Verwaltungskosten der Streiks einschließlich der vielen Ausgaben für Porto, Depeschen u. s. w. nur 5% kommen. Der Vorstand bellagierte es lebhaft, daß sich sehr viele Mitglieder an der Statistik nicht beteiligten. Es war deshalb nicht möglich, ein annähernd richtiges Bild über die Verhältnisse im Gewerbe zu gewinnen.

Den Kassenbericht erstattet Kollege Bentler (Hamburg). Von 1. Januar 1897 bis 1. Oktober 1898 gingen insgesamt 106670,92 Ml. ein. Die Gesamtausgaben betragen 97488,67 Ml. Das Barvermögen der Organisation beträgt 22578,98 Ml. Der Kassierer fragt, daß viele Filialen nicht pünktlich abrechnen. Nicht weniger als 2483,90 Ml. schulden die Filialen zur Zeit der Hauptfasse. Es liegen verschiedene Anträge vor, den Filialen die Schulden zu erlassen. Der Kassierer ersucht, alle diesbezüglichen Anträge abzulehnen.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. Oktober

Die Frankfurter Zeitung ist damit unzufrieden, daß wir ihren Behauptung widersprochen haben, auf ein Gesuch um Unterstützung hin beansprucht der Leipziger Rat das Recht, den Nachsuchenden zwangsläufig auf unbekünte Zeit und ohne richterliches Verhör und Verzufung an den Richter in ein Haus mit zuchthausähnlicher Verfassung zu bringen. Indem wir dieser Übertriebung entgegentreten und den wirklichen Sachverhalt in der Absicht feststellen, die Schilderung eines fälschlich behaupteten Zustandes nicht als Vorbild für eine noch reaktionärere Änderung oder Interpretation des Armgeldgesetzgebungsprojektes zu lassen, sollen wir nach Ansicht der Frankfurter Zeitung den sonst von uns befürworteten Leipziger Rat verteidigt und zwar zu Unrecht verteidigt haben. Verständigen Menschen gegenüber, die unseren Artikel: Zwangarbeit und Brügel in Leipzig in Nr. 241 der Leipziger Volkszeitung gelesen haben, ist es überflüssig, uns gegen den unbegründeten

und unberechtigten Vorwurf der Frankfurter Zeitung zu verteidigen, den das Blatt noch zu der Verschärfung steigert, der Leipziger Rat sei erst durch unsere "Verteidigung" zu einer Erwiderung ermutigt worden. Auch ist es nutzlos, mit den Weisen der Frankfurter Zeitung über die rechtliche Gültigkeit des Regulativs für die Leipziger Zwangsarbeitsanstalt zu streiten. Wie bedauern, daß bei der Unzulänglichkeit der bestehenden Reichsgesetzgebung für jenes Regulativ die ministerielle Genehmigung möglich war und wollen hier wiederholen, was wir in Nr. 245 der Leipziger Volkszeitung schrieben: Soll dem in Sachsen gebräuchlichen Verfahren ein Siegel vorgesetzt werden, so bedarf es des Erlasses eines schlägiger reichsgesetzlicher Bestimmungen!

Im übrigen wollen wir aber auch heute nicht unterlassen, nochmals zu betonen, wie das schon in dem oben erwähnten Artikel geschehen ist, daß wir grundständliche Gegner der "Erziehungsmethode" der Zwangsarbeitsanstalt sind, und die in ihr zulässige Prügelreihe ic. entschieden verwerflich finden.

Achtung, Schlosser, Dreher und Gräfer! Infolge Maßregelung eines Kollegen und der hieraus allenfalls entstehenden Differenzen zwischen den Arbeitern und der Firma: Tricotagenfabrik von Berger u. Co., Leipzig-Lindenau, Löbener Straße, ist Zugang streng zu vermeiden.

Agitationskomitee der Metallarbeiter Leipzig-West.

**Schöne Aussichten!** Der städtische Haushaltplan für das Jahr 1899 ist vom Rate fertig gestellt und kürzlich den Stadtverordneten mitgeteilt worden. Die Einnahmen der Stadt sind danach auf 11725863 Ml., die Ausgaben auf 23664088 Ml. veranschlagt worden. Es ergibt sich dabei ein durch städtische Steuern zu deckender Fehlbetrag von 11938225 Ml.

Dieser Fehlbetrag soll gedeckt werden durch 1640000 Mark Grundsteuern, 500000 Ml. Besitzwechselabgabe, 100000 Ml. Hundesteuern und 9698225 Mark städtische Einkommenssteuern. Die letztere Summe ist um 943478 Ml. höher als im diesjährigen Haushaltplan für städtische Einkommenssteuer vorgesehen war.

Während 1897 115 Prozent des Normalsteuersatzes erhoben wurden, machte sich im laufenden Jahre bereits die Erhöhung von 120 Prozent des Normalsteuersatzes notwendig. Dabei ist es wahrscheinlich, daß der diesjährige Betriebsüberschuss der Stadtkasse geringer als in den letzten Jahren ausfallen wird, so daß wir uns im nächsten Jahre auf eine abermalige Steigerung der Einkommenssteuer um etwa 15 Prozent des Normalsteuersatzes mindestens gefaßt machen können.

Und bei einer solchen Finanzlage werden große Ausgaben wie zur Deckung des Ausstellungsbudgets beabsichtigt?

An der Universität ist seit diesem Halbjahr ein historisch-geographisches Seminar eingerichtet worden, dessen Leitung Prof. Dr. Sieglin übernommen hat. In den sogenannten Seminaren wird den Studenten Gelegenheit gegeben, unter Leitung eines Universitätslehrers auf dem Gebiete ihrer Wissenschaften praktische Übungen anzustellen. Die Seminare, deren an unserer Universität schon eine ganze Reihe bestehen, bilden eine wertvolle Ergänzung zu den Vorlesungen, bei denen der Student und der vortragende Professor sich fremd bleiben und für selbständige Arbeit der Suhörer keine Gelegenheit geboten ist.

Als Nachfolger des Oberpostdirektors Walter, dessen Entlassungsgesuch genehmigt worden ist, wird der Oberpostdirektor Höhrig in Königsberg genannt. Es soll Anfang Dezember die Leitung der hiesigen Oberpostdirektion übernehmen.

Wegen des Viehmangels hat der sächsische Bezirksverein des deutschen Fleischerverbandes eine Petition an das sächsische Ministerium des Innern gerichtet, in der er bittet, daß das Ministerium 1. im Bundesrat für die Definition der Grenzen befreit Einführung lebenden Viehs energisch eintrete; 2. wenn nicht die Aushebung, so doch die wesentliche Herabsetzung der Schlachtsteuer veranlaßte; 3. durch Landesgesetz in Form eines Schlachtviehgesetzes bestimme, bis zu welcher Höhe die Gemeinden die durch den Vieh- und Schlachthofbetrieb erzielten Überschüsse zu anderen Zwecken als der Herabsetzung der Vieh- und Schlachtzölle verwenden dürfen.

auf der Palette oder auf der Leinwand zu mischen und dadurch die Wirkung der reinen Farbengebung wieder zu zerstören.

Die Neu-Impressionisten haben nun eine neue Technik erfunden, die das, was ihre Vorgänger erstickten, auch wirklich, radikal und rücksichtslos durchführt. Alle Farben, die die Natur ihrem Auge darbietet, zerlegen sie präzise, d. h. sie führen sie auf die Grundfarben des Regenbogens zurück. Nur diese sieben Farben erscheinen auf ihrer Palette und aus diesen reinen, ungemischten Farben sind alle ihre Bilder zusammengelegt. Durch einzelne Farbflecke, die scharf und unvermittelst nebeneinander stehen, werden alte Lokal-, Beleuchtungs- und Reflexfarben wiedergegeben. Selbst die dunkelsten Schattenpartien, die die Künstler der alten Schule in unterschieden, meist als grau wirkenden Farbmischungen ausführten, erscheinen jetzt, präzise stilisiert, in reinen, ungetrübten Tönen. Die Gemälde wirken in der Nähe mosaikähnlich und scheinen ein unentwirrbares, wüstes Gemenge von gleichförmigen, mechanisch nebeneinander gesetzten, grellen bunten Punkten oder Strichen zu sein. Sobald man aber die für das einzelne Bild passende Entfernung, die sich nach der Größe des Bildes richtet, gefunden hat, fliegen die scharf konturierten Flecke ineinander, verlönen sich die scharfenden Kontraste und entstehen einfache, große, harmonische Farbwirkungen von einer Leuchtkraft und Zartheit, die der Malerei bisher unerreichbar war.

Der Hauptunterschied zwischen der alten und neuen Technik liegt klar auf der Hand. Während man früher die Farben auf der Palette oder auf der Leinwand mischte, vollzieht sich jetzt die Mischung erst im Auge des Beschauers — sie ist also — im Gegensatz zu der früheren chemischen — eine optische.

Die neue Richtung hat bei uns in Deutschland noch keinen rechten Boden gefunden. In Frankreich kennt man sie bereits seit einem Jahrzehnt; im Jahre 1886 wurde in Paris die erste Ausstellung von neuimpressionistischen Gemälden veranstaltet. Von den damaligen Begründern der neuen Technik, den Georges Seurat, Paul Signac (Vater und Sohn) und Paul Signac, ist auf unserer Ausstellung nur der Signac vertreten. Neben ihm erscheinen noch vier Namen: Maximilien Luce, Henri Edmond Cross, Theo van Rysselberghe und Hippolyte Petitjean.

J. S.

## Kleine Chronik.

Leipzig, 26. Oktober.

**Theaternachrichten.** Im Neuen Theater wird am Donnerstag Shakespeares Trauerspiel Julius Cäsar gegeben. — Im Alten Theater werden am Donnerstag die vier Einakter in folgender Reihenfolge gegeben: Das Wetterhäuschen, Die Verlobung bei der Laterne, Das Schwert des Damokles und Der Wasser und Brot.

Am Freitag geht im Neuen Theater die Oper: Der Trompeter von Säckingen in Scene. — Im Alten Theater wird das Charakterbild: Mutter Thiele zum ersten Male wiederholt.

Am Sonnabend findet im Neuen Theater das Doppelgespiel der königl. Kammerängerin Fr. Therese Malte vom königl. Hoftheater in Dresden und des Kammerängers Herrn Gerhäuser vom großherzogl. Hoftheater in Karlsruhe in Tristan und Isolde statt. Die Vorstellung beginnt um 6 Uhr. — Billets sind im Vorderkauf täglich in den Stunden von 10—3 Uhr an der Tageskasse des Neuen Theaters (mit Aufgeld von 30 Pf. pro Billett) zu entnehmen.

Die nächste Lustspielnovität, mit deren Einstudierung begonnen wurde, wird May Dreyers Großmama sein. Dies Werk des schnell vorstülpft bekannten Autors hat unter dem in dieser Spielzeit aufgeföhrten Novitäten einen großen Erfolg davongetragen.

**Puvis de Chavannes †.** Aus Paris traf gestern die Nachricht ein, daß Puvis de Chavannes, einer der bekanntesten französischen Maler, der besonders in den letzten Jahren im Zusammenhang mit den neuerrealistischen Richtungen auch in Deutschland oft genannt wurde, gestorben sei. Pierre Puvis de Chavannes war am 14. Dezember 1852 in Lyon geboren. Nachdem er sich eine Zeitlang in Italien aufgehalten und dort hauptsächlich die Meister der Frührenaissance studiert hatte, begab er sich nach Paris zu Thomas Couture (1815—1879), einem Schüler Delacroix', der in den fünfziger Jahren hoch im Ansehen stand und durch sein geprägt Louvres hängendes großes Gemälde Die Römer zu Versailles einen unerhörten Erfolg errungen hatte. Aus seinen italienischen Studien, dem Courbetischen Realismus und seiner Liebe zur Antike des klassischen Altertums bildete

er sich einen eigenartigen vorwiegend dekorativ wirkenden Stil, dem eine gewisse Größe eignet. Er ging seine eigenen Wege und hatte lange um Anerkennung zu kämpfen. Der Pariser Salon wies seine ersten Gemälde zurück. Erst im Jahre 1861 errang er mit seinem Krieg und Frieden einen Erfolg. Aber die Kritik fuhr fort, ihn zu verstoßen. Man lobte besonders die Zeichnung seiner Figuren. Doch schritt er auf dem eingeschlagenen Wege mutig weiter, und so schuf er eine Reihe monumentaler Werke für verschiedene öffentliche Gebäude in Aix-en-Provence, Lyon (Palais des Arts), Rouen (Muséum) und Paris (Pantheon, Städthaus) und anderen Städten, in denen eine eigenartige Mischung antiker und moderner Empfindungen zu Tage tritt. Er wollte durch seine monumentalen Werke erzieherisch wirken, die Besucher auf die Ideale hinzuweisen. Er wußte seine Figuren trefflich in die landschaftlichen Hintergründe hineinzustimmen; deshalb wurde er manchmal mit Böcklin verglichen, obgleich er nicht entfernt dessen reiche Phantasie besaß. Seine Figuren sind allerdings etwas steif und fast eilig stilisiert. Diese Gebundenheit fand jedoch bei den neuerrealistischen Schulen Anklang. In seinen letzten Gemälden zeigte er sich etwas manieriert, und auch seine früher kräftigere Färbung verblaßte zu einem freidigen Ton. Puvis de Chavannes war Präsident der Société nationale des Beaux-Arts (Nationalgesellschaft der schönen Künste) zu Paris und hat auf den modernen französischen Idealismus einen gewissen Einfluß ausgeübt.

**Neu-Impressionismus.** Aus Berlin wird uns vom 24. Oktober gekündigt: In dem Kunstabteil von Keller und Reiner in der Potsdamer Straße ist soeben eine Ausstellung eröffnet worden, die jedesfalls zu den "Ereignissen" der laufenden Saison zählen wird. Französische "Neu-Impressionisten" — so nennen sich die Anhänger dieser neuen Richtung der modernen Malerei — sind mit einigen dreißig Gemälden eingekommen. Am Sonnabend war die Vorbesichtigung, und die grenzenlose Verblüffung der Kunsthilfphilister erlebte wieder einmal das europäisch gehütete Publikum.

Der Impressionismus in der Malerei knüpft bekanntlich in seinen ersten Anfängen an die Bestrebungen des großen französischen Meisters Delacroix an, im bemühten Gegensatz zu der damals herrschenden "braunen Sauce" den Farben eine immer größere Intensität und einen helleren Glanz zu geben. Die ersten modernen Impressionisten, die Maler Manet, Monet, Renoir etc., verzichteten auf alle schwüngen, trübren und stumpfen Töne und basierten auf ihrer Palette nur die sieben Farben des Prismas. Dabei begingen sie aber die Infonsequenz, diese reinen Farben bei der Benutzung

auf der Palette oder auf der Leinwand zu mischen und dadurch die Wirkung der reinen Farbengebung wieder zu zerstören. Die Neu-Impressionisten haben nun eine neue Technik erfunden, die das, was ihre Vorgänger erstickten, auch wirklich, radikal und rücksichtslos

Die Innungsbrüder sind unzufrieden und im Innungsausschuss wird deshalb aufgefordert. Der neue Vorsitzende dieses Ausschusses, Herr Buchdruckereibesitzer Mäser, meint, es sei wünschenswert, daß die Innungen ihre Grenzen möglichst weit ziehen, d. h. alle diejenigen in die Innung hineinzubekommen suchen, die das betreffende Gewerbe überhaupt betreiben (einschließlich der Fabrikbetriebe). Beider zeigten — so sagt Herr Mäser — die Behörden in dieser Angelegenheit wenig Entgegenkommen, oft schließe sogar das Verständnis für diese den Innungen so sehr am Herzen liegende Frage. Wenn hierin keine Aenderung eintrete, so würde man dahin zu wirken suchen, daß die Gewerbesachen nicht mehr von einem Juristen des Stadtrats entschieden werden, sondern ein mehr in der Praxis stehender Mann an die Spitze des städtischen Gewerbebewegens gestellt werde. — Wie wäre es denn mit einem Bestätigungsrecht der Zopfmäister? Oder vielleicht mit Herrn Mäser selbst als Gewerbestadtrat?

**Der Verband mitteldeutscher Manufakturisten.** Bekanntlich eine Vereinigung zum Zwecke gemeinschaftlichen Einkaufes, wird Mitte November in Leipzig seinen zweiten Verbandsstag abhalten. Die am ersten Verbandsstage gewählten Prüfungskommissionen sind fleißig bei der Arbeit, das bis jetzt eingegangene Mustermaterial in Frühjahrssäften zu prüfen. Die Musterausstellung wird voransichtlich noch umfangreicher sein, als die des ersten Verbandsstages; nur Firmen von guter Klasse werden ihre Nouveautés vorlegen. Der Beitritt zu dem Verbandsstage und zur Musterausstellung wird nur Mitgliedern gestattet. Die Bestrebungen des Verbandes zielen darauf hin, den Detailisten gegen die großen Warenhäuser leichter konkurrenzfähig zu machen; sie finden bei den Referenten lebhafte Sympathie. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 57, wobei der Grundzog festgehalten wird, in jeder Stadt möglichst nur eine Firma in den Verband aufzunehmen. Außerdem hat der Verband mit der gleichen Interessen verfolgenden Einkaufsvereinigung westdeutscher Manufakturisten in Altheit eine Vereinbarung getroffen, dahingehend, sich gegenseitig zu unterstützen und eventuell im Einkauf zusammen zu gehen.

**Die Rechnungs- und Kassenverwaltung der Gasanstalten,** Kurprinzipstraße 14, I. (Markthallen-Gebäude), bleibt wegen vorzunehmender Reinigung der Geschäftsräume Sonnabend den 29. Oktober nachmittags und Dienstag den 1. November 1898 für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

**Arbeiterbeförderung Liebertwolkwitz-Leipzig.** Der Arbeiterzug ab Liebertwolkwitz 4 Uhr 51 Min. früh, in Leipzig 5 Uhr 10 Min. früh, wird nur noch diese Woche, bis 29. Oktober, verkehren und dann erst am 13. März 1899 wieder eingelegt. In der Zwischenzeit ist für die Arbeiterbeförderung von Liebertwolkwitz nach Leipzig nur der Personenzug ab Liebertwolkwitz 8 Uhr 50 Min. früh, in Leipzig 7 Uhr 24 Min. früh, zu gelassen.

**Bermischt** wird das aus Dresden gebürtige zwanzigjährige Dienstmädchen Emma Elsa Kossel. Am 21. Oktober hat sich das Mädchen aus der Wohnung L.-Anger-Crottendorf, Bernhardstraße 18, entfernt und ist seither verschollen. Die Kossel ist nervös und es wird vermutet, daß sich dieselbe hat ein Leid zugefügt hat. Sie ist von mittlerer kräftiger Gestalt, hat blondes Haar, braune Augen, spitze Nase, spitzes Kinn.

**Gut abgelaufen.** In der Nonnenstraße in Plagwitz lief am Montag nachmittag ein sechsjähriger Knabe vor einer heranlaufenden Lokomotive her. Der Führer brachte die Maschine sofort zum Stehen, konnte aber nicht verhindern, daß der Knabe von ihr umgestoßen und am rechten Fußgelenk leicht verletzt wurde.

**Arbeiterbeförderung.** Ein Cigarrenfabrikant aus Lindenau, der sich gestern abend gegen 7 Uhr am Wohlgeb. auf dem Gleise der Straßenbahn stehend, von einem Freunde verabschiedete, wurde von einem daher kommenden Straßenbahnwagen überfahren und dabei am Rücken sehr schwer verletzt, so daß die Aufnahme des Verunglücks in das Stadtkrankenhaus St. Jacob sich notwendig wachte.

**Berhaftet** wurden zwei gewerbsmäßige Glücksspieler, ein 66 Jahre alter Handelsmann aus Delitzsch und ein aus Dahlen stammender 34-jähriger Bäcker, nachdem sie einen Betreuer von auswärts nach einer Restauration im Brühl verschleppt und dort gerupft hatten.

Eine Taschendiebin wurde am Montag vormittag auf dem Königsplatz dabei ergriffen, wie sie einer Frau ein gut gefülltes Portemonnaie aus der Tasche zog. Die Diebin kam in Haft.

Zwei Fahrraddiebe in den Personen eines 23 Jahre alten Fischlers aus Hannover und eines 24-jährigen Kellners aus Breslau, beide schon mehrfach vorbestraft, wurden am Montag von der Polizei ausgemittelt und eingestellt. Sie hatten am Sonntag abend zwei Fahrräder im Werte von 600 Mark aus einem Grundstück in der Simsonstraße unter erschwerenden Umständen gestohlen. Noch bevor sie ihre Beute zu Gelde machen konnten, wurden sie festgenommen.

## Gerichtssaal.

### Gewerbegericht.

Leipzig, 25. Oktober.

Ist über die Höhe des Lohnes nichts vereinbart, so ist ein angemessener Lohn zu zahlen. Der Metallschleifer K. hat bei der Firma St. u. Co. gearbeitet. Über die Höhe des Lohnes war nichts vereinbart. Auf die Frage K.s: Wieviel Lohn erhalten ich? wurde ihm geantwortet: Es kommt darauf an, was Sie leisten! K. hält für seine Arbeit 80 Pfennige Stundensatz für angemessen und forderte noch 1.80 Mark. Das Gericht war der Auffassung, daß in dem erwähnten Gespräch keine feste Vereinbarung über die Höhe des Lohnes zu finden sei, hielt die Forderung K.s für angemessen und verurteilte die Firma zur Zahlung der geforderten Summe.

Sangerhausen, 23. Oktober. Wegen Bekleidung des Bundes der Landwirte in der Thomasphosphatmehl-Angelegenheit ist vom hiesigen Schöffengericht der Genosse Künischer zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er hatte während der Reichstagswahl ein Flugblatt verantwortlich gezeichnet, in dem die Bekleidungen enthalten gewesen sein sollen. Die Verurteilung, gegen die natürlich Berufung eingelegt ist, wirkt dadurch um so überraschender, als doch erst kürzlich eine ähnliche Anklage zurückgewiesen worden ist mit der Begründung, daß sich der BUND als solcher nicht beleidigt fühlen könne. Die Strafammer wird Zweifellos zu demselben Urteil kommen.

## Gemeinde-Zeitung.

Das neue Leipziger Ortsgesetz über Verteilung der nach § 26 und 28 der Ortsbaurockung den Unternehmern obliegenden Brunnenbaulast bestimmt:

§ 1. Die nach § 28 Nr. 1, Absatz 1 und 2 und Nr. 3 der Ortsbaurockung von den Unternehmern zu beschaffenden öffentlichen Brunnen werden von der Stadtgemeinde ausgeführt. Die Zahl der Brunnen, den Ort, die Zeit der Anlegung, die Art der Ausführung nach Tiefe, Konstruktion, Material und äußerer Form bestimmt nach § 26 der Ortsbaurockung der Rat.

§ 2. Wer eine unbebaute Grundfläche mit einem Gebäude bebauen will, hat einen Brunnenbaubeitrag von 2 Mk. für jeden Meter Straßfront des zu bebauenden Grundstücks an die Stadtgemeinde zu zahlen. Bei Eigentümern werden nur drei Viertele der Straßfront in Rechnung gezogen. Der Beitrag ist vor Ausschreibung der Baugenehmigung zu zahlen. Diese Bestimmung trifft jedoch nicht das Bauland solcher Unternehmer, die auf Grund des vor dem 1. Januar 1898 geltenden Rechts tatsächlich die erforderlichen Brunnen bereits gebaut haben.

## Vereine und Versammlungen.

**Studienteure.** Sonnabend den 22. d. Mon. tagte im Restaurant Spies die regelmäßige Mitglieder-Generalversammlung. Im ersten Punkt der Tagesordnung wird Kollege Rudolph als erster Filialleiterführer gewählt. Zum Punkt: Quartalsabrechnung ist eine Gesamtleistung von 422,70 Mk. zu verzeichnen. An die Hauptkasse 65 Prozent = 284,27 Mk., Abgabe für Hauptkasse 22,60 Mk. Abgeführt an Hauptkasse 261,67 Mk., Filialvermögen im zweiten Quartal 388,08 Mk., im dritten Quartal 138,48 Mk., sonstige Einnahmen 88 Mk., nicht in Summa 559,51 Mk.; Ausgaben im dritten Quartal 302,76 Mk., bleibt ein örtliches Vermögen von 256,76 Mk. Die große Ausgabe ist zurückzuführen auf den Aufkauf des Werkzeugs der Bibliothek, Schränke u. c. von dem aufgelösten Volksverein. Auf Antrag der Neisoren wird dem Kassierer Deckung erteilt. — Verbandsstag und Anträge dazu rufen diesmal eine lebhafte Debatte hervor. Unter großer Unruhe referiert Kollege Schäfer abermals über die Arbeitslosenunterstützung. In der Debatte protestieren sämtliche Redner ganz entschieden dagegen, daß man damit wieder die Verjämmerung langzieht, seit doch die Arbeitslosenunterstützung in vielen anderen Verkammungen schon besprochen worden. Anerkennenswert sei wohl die Herbeischaffung des statistischen Materials, es gehöre aber doch nicht hierher, sondern auf den Verbandsstag. Ein Antrag für Arbeitslosenunterstützung wird mit 8 gegen 2 Stimmen angenommen. Zur Presse und Agitation werden nach eingehender Auseinandersetzung zwei Anträge angenommen: 1. den Grundstein in seiner jetzigen Form als Fachorgan beizubehalten, 2. den Hauptvorstand zu beauftragen, ein Flugblatt (Bezeichnung auf die Kaiserrede in Deynhausen und auf die Gefahr der Verschlechterung des Koalitionsrechts) auszuarbeiten, es gleich als Agitations- und Aufklärungsmittel zu gestalten, und dafür Sorge zu tragen, daß es nicht nur ein jeder organisierte, sondern auch die uns fernstehenden Indifferenter in die Hände bekommen. Unter Verschiedenem zum Verbandsstage werden noch zwei Anträge angenommen, wonach die Leipziger Kollegen für Beibehaltung der Accordarbeit sind, dagegen aber strikte Gegner der Nichtarbeit. Nachdem man noch für ein besseres Reiseunterhaltungswesen eingetreten und auf die Reformbedürftigkeit verschiedener Paragraphen des Status hingewiesen, schritt man zur Delegiertenwahl. Gewählt wurde Kollege Kremer. Von 58 Stimmen entfielen auf die drei vorgeschlagenen Kollegen Wunderlich 18, Schäfer 15 und Kremer 19 Stimmen; eine Stimme war ungültig. Unter Gewerkschaftlichem gelangt neben einer Tarifstreitigkeit abermals der Arbeitsnachweis zur Sprache. Kollege Popitz erhält im Fall Schier 6 Mk. auf Antrag aus dem Unterstützungsfondb.

## Soziale Rundschau.

In Berlin soll ein Arbeitersekretariat nach Art des Nürnberger eingerichtet werden, wie in einer Sitzung der Gewerkschaftskommission mitgeteilt wurde.

g. Nürnberg, 25. Oktober. Während des letzten Stukkateurstreiks im vergangenen Sommer wurden von Unternehmen fünf Arbeitern wegen Bedrohung Arbeitswilliger angezeigt. In der Verhandlung stellte sich die Beschuldigung als völlig halslos heraus, so daß sämtliche Angeklagte unter Übernahme der Kosten, auch der des Verteidigers, auf die Staatklasse glänzend freigesprochen wurden.

Auf dem Bergwerk Kahl-Western und Hutschelheim bei Schöllkrippen (Unterfranken) haben sämtliche Arbeiter wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt.

Die Glensburger Fischler haben die Aufhebung des Generalstreiks beschlossen, um bei den Meistern, die bisher bewilligt haben, die Arbeit aufzunehmen. Dieser Tage wurde verfügt, durch daß Gewerbegericht eine Einigung zu erzielen. Die Meister lehnten aber die Verhandlungen ab und verlangten Aufnahme der Arbeit unter den alten Bedingungen. Daraufhin ist der erwähnte Beschuß gefaßt. Bei den übrigen Firmen soll der Streik fortgesetzt werden.

Kopenhagen, 25. Oktober. Die durch die Auseinandersetzung der Börsen geschaffene Situation fängt an, kritisch zu werden. Gestern morgen war in manchen Stadtbezirken kein Roggenbrot zu bekommen. Es war nur etwa ein Drittel des Bedarfs an Roggenbrot gedeckt worden. Die Bäckermänner, die sich zu gemeinsamer Arbeit zusammengetan hatten, sind meines geworden. Mehrere kleinere Meister sind zurückgetreten.

## Aus der Partei.

Zur preußischen Landtagswahl. Im Landtagswahlkreis Frankfurt a. M. - Ober-Laußnitzkreis werden sich die Genossen nicht an der Wahl beteiligen, da die Freisinnigen sich mit den Nationalliberalen verbündet haben.

Zu Frankfurt a. M. hat das demokratisch-fortschrittliche Wahlkomitee eine Anzahl Genossen aus verschiedenen Bezirken als Wahlmänner bestimmt.

Die Breslauer Genossen beteiligen sich in 256 von im ganzen 422 Urwahlbezirken selbstständig. In den übrigen treten sie für die freisinnigen Wahlmänner ein.

Die Genossen in Ohlau (Schlesien) beschlossen, von selbstständiger Beteiligung abzusehen, aber eventuell den Kandidaten der freisinnigen Volkspartei zu unterstützen.

Die Liegnitzer Genossen beschlossen, von der Aufstellung eigener Wahlmänner abzusehen und von vornherein für die vom liberalen Wahlkomitee aufgestellten Wahlmänner zu stimmen.

Die Elbinger Genossen werden sich an der Landtagswahl nicht beteiligen.

In Hahn (Oberlausitz) erhielt bei der Gemeinderatswahl der Kandidat der sozialdemokratischen Partei 55, die vereinigten Gegner 2 Stimmen.

Aus seinem Amt entfernt wurde der Schuhmacher Mittner in Svirainen (Kreis Nagau, Ostpreußen), der seit

Jahren das Amt eines Gemeindeschöffen bekleidet hat, weil er für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Höfer agitiert hat. Am 18. Oktober hatte sich Mittner vor dem Kreisausschuss in Nagau zu verantworten, und hier beantragte der Kreissteklar namens des Staatsanwalts die Amtsenthebung, da Mittner „die sozialdemokratische Partei zu fördern gesucht und somit auf das größte seine Pflicht als Beamter verlegt“ hat. Für Spargen ist die Entfernung Mittners schon deswegen unangenehm, weil er der einzige einigermaßen federgewandte Mann im Orte war. Da der Ortschulze so gut wie gar nicht lesen und schreiben kann, hat der Schöffe bisher alle schriftlichen Arbeiten erledigt. Ohne daran zu denken, hat der Schulze mit auf die Amtsentscheidung Mittners hingewiekt. Nun ist guter Rat in der Gemeinde teuer.

## Von Nah und Fern.

### Nahverfahren.

Heilbronn, 25. Oktober. Zwischen Heilbronn und Weinsberg wurden drei Straßenarbeiter von einem Personenzug überfahren. Einer davon blieb tot; die beiden anderen wurden schwer verwundet.

### Kopf ab!

In Breslau wurde gestern der Arbeiter Karl Buttke, der am 8. April seine Chefarzt erdrostet hatte, enthauptet.

### Verhaftung.

Paris, 25. Oktober. Die hiesige Polizei verhaftete den angeblichen russischen Marineoffizier Altmann Gunko, der in einem Bazaar Hotel seinen Namensnachbar, den Staatsrat Polowzow, zu ermorden versucht und um 100 000 Franken bereaubt hatte. Von hiesigen Berichterstattern wird verbreitet, Gunko sei der Sohn des bekannten russischen Generals.

## Vermischtes.

— Die Eröffnung vom Strümpfestriesten. Die Heroine des Wiener Burgtheaters, Adele Sandrock, die in letzter Zeit Strümpfe gespielt und Möbel angestrichen hat, weil sie auf der Bühne zu wenig Beschäftigung hatte, ist nun offiziell aus dem Verbande des Burgtheaters ausgetreten. Die Dame wird in den nächsten Jahren nur Gastspielen unternehmen und am 1. November damit beginnen. Nun wird sie wohl keine Zeit mehr finden zum Strümpfestricken.

G. Der „ambulante“ Gerichtshof. In den helligen Hallen des neuen Justizpalastes zu Straßburg i. E. spielte sich dieser Tag eine ebenso ergötzliche als seltene Scene ab. Was in der Geschichte der Strafrechtsfrage bisher nicht erhört war, das wurde an diesem denkwürdigen Tage zu greifbarer Wirklichkeit: Das achtlos belastete Gericht, die antragschwangere Staatsanwaltschaft, der paragrafengewandte Verteidiger, das zahlreich erschienene Publikum, darunter Kriminalstudenten von erprobtester Güte, sie alle waren ein Herz und eine Seele. Wie das kam, lieber Leser? Der Sitzungssaal der Straffaminer, über dessen bauliche und technische Einrichtung die Straßburger Presse sich schon des öfteren sehr abfällig äußerte, hatte es ihnen angethan. Alles war darin einig, daß es in diesem Saale nicht mehr auszuhalten sei. Die Hütte war unerträglich, die Ventilatoren noch unerträglicher, kurz: man beschloß auszuwandern und nach den wohnlicheren Räumen des Schwergerichts überzusiedeln. Der ganze Gerichtshof machte sich auf den Marsch, Staatsanwalt, Angeklagter und Verteidiger hinterher, gefolgt von dem zahlreichen Publikum. In langsam abgemachten Schritten begaben sie sich in ihr neues Heim, um dort die begonnene Verhandlung unter günstigeren äußeren Umständen zu Ende zu führen.

nr. Der sechste internationale Kongress für Ohrenheilkunde wird vom 8. bis 12. August nächsten Jahres in London in der Halle der königlichen Kollegien für Aerzte und Chirurgen abgehalten. Die leiste derartige Versammlung wurde vor drei Jahren unter dem Vorsitz von Professor Grazzi in Florenz abgehalten.

bwo. Alkohol in eßbarer Form. Der Missbrauch des Alkohols hat die geschäftskundigen Amerikaner zu einer neuen Erfindung veranlaßt. Seit kurzer Zeit kann man in den Vereinigten Staaten den Alkohol nämlich auch essen. Zum Schrecken aller Aerzte und Hygieniker werden dort tatsächlich trockene Pasteten und Biskuits verkauft, die eine sehr bedeutende Menge Whisky enthalten. Der Gesundheitsrat der Vereinigten Staaten hat bereits einen wahren Krieg gegen die Fabrikanten und Verkäufer dieses Fabrikates unternommen, das sich trotzdem eines leider allzu großen Konsums rühmt.

In England hat diese gesundheitsschädliche Industrie bereits Nachahmung gefunden. In Manchester wird nämlich Zuckeramt in den Handel gebracht, der ebenso wie die amerikanischen Gebäcke Alkohol in einer schädlich wirkenden Menge enthält.

## Bericht über die Leipziger Produkten-Börse

Dienstag den 25. Oktober 1898.

### (Mitgeteilt von Gebrüder Glass.)

Weizen per 1000 kg netto	inländischer fest	170—174 bez. Brf
Roggen per 1000 kg netto	ausländischer, hies. Posener ausländischer	185—188 bez. Brf. 158—161 bez. Brf. 161—164 bez. Brf.
Gerste per 1000 kg netto	Brangerste hiesige Mahl- u. Futterware	165—175 bez. Brf. 123—132 bez. Brf.
Hafer per 1000 kg netto	inländischer alter dto., neuer	144—149 bez. Brf. 145—149 bez. Brf. 118—116 bez. Brf. 113—125 bez. Brf.
Mais per 1000 kg netto	ausländischer amerikanischer runder Raps	12—12.50 Brf. 49 nominal
Oelsaat per 1000 kg netto	Rapskuchen p. 100 kg netto	
Rübel per 100 kg netto	frei Haus hier ohne Fass still	

## &lt;h3

**Berlauungskalender.**

**Mittwoch:** Maurer, Vantheim, Dresdener Straße. Abends 1/2 Uhr. T.O.: 1. Vortrag von Herrn M. Wittich: Das Gesicht des Klosterläufers. 2. Die in letzter Zeit vorgenommenen Arbeitsteilungen.  
**Freitag:** Spich, Seburgstr. Abends 8 Uhr. T.O.: 1. Vortrag. 2. Berichte des Delegierten vom Kartell und Gewerkschaft. 3. Halbjährliche Abrechnung des Betriebsvereinbarungs. 4. Wahl einer Vorstandskommission. 5. Gewerkschaftliches.  
**Sonntag:** Zappeller u. ders. Bernde. Regiomontanus-Münchhof. Abends 9 Uhr. T.O.: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

**Theatervorstellungen.****Neues Theater.**

Mittwoch den 26. Oktober: 200. Abonn. Vorstellung (2. Serie, rot).  
**Martha, oder: Der Markt zu Richmond.**  
 Oper in 4 Akten (teilweise nach einem Plan von St. Georges) von W. Friedlich. Muß von Friedlich von Kotow.  
 Regie: Ober-Régisseur Goldberg. — Direction: Kapellmeister Vorst. Lady Harriet Durham, Ehrenräuberin der Königin. Mr. Baumann Nach, ihre Vertraute . . . . . Mr. Osborne Lord Tristan Mistleford, ihr Vetter . . . . . Mr. Greber John . . . . . Mr. Merel Blumkett, ein reicher Vägter . . . . . Mr. Ulrici Der Richter zu Richmond . . . . . Mr. Neldel Mädche . . . . . Mr. Alten, Mr. Hofer, Mr. Eichner der Königin, Vagter, Diener der Lady . . . . . Mr. Degen, Mr. Wippl, Mr. Marxwitz Vägter . . . . . Mr. Bahn, Mr. Benger Mädche. Mädche. Knechte. Jäger und Jägerinnen im Gefolge der Königin, Vagter, Diener. Die Handlung spielt teils auf dem Schloß der Lady, teils zu Richmond und dessen Umgebung. Zeit: Regierung der Königin Anna. Nach dem 2. Akt findet eine längere Pause statt. Eintritt 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 1/2, 10 Uhr. Schausp.-Preise. Billet-Vorverkauf an der Tageskasse von 10 (Sonne- u. Feiertags

von 10%) bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aufgeld von 30 Pf.) von 1—3 Uhr.

**Spielplan:** Donnerstag: Julius Cäsar. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Der Trompeter von Säckingen. Anfang 7 Uhr. — Sonn-

**Altes Theater.**

Mittwoch den 26. Oktober: 6. vollständige Vorstellung zu halben Preisen.

**Die Jungfrau von Orleans.**  
 Romantische Tragödie in 5 Akten und einem Vorspiel von Friedrich Schiller.

Regie: Ober-Régisseur Adler.  
 Karl VII., König von Frankreich . . . . . Mr. Felsel  
 Königin Isabeau, seine Mutter . . . . . Mr. Weigel  
 Agnes Sorel, seine Geliebte . . . . . Mr. Rudolfi  
 Philipp der Gute, Herzog von Burgund . . . . . Mr. Greiner  
 Graf Dunois, Bastard von Orleans . . . . . Mr. Taeger  
 Erzbischof von Reims . . . . . Mr. Thiele  
 La Hire . . . . . Mr. Proft  
 Die Chatel . . . . . Mr. Vogdahn  
 Chatillon, ein burgundischer Ritter . . . . . Mr. Hänseler  
 Maoul, ein lothringischer Ritter . . . . . Mr. Borchart  
 Talbot, Feldherr der Engländer . . . . . Mr. Otto  
 Monet, englische Anführer . . . . . Mr. Schumann  
 Ein englischer Herold . . . . . Mr. Henning  
 Thibaut d'Arc, ein reicher Landmann . . . . . Mr. Krause  
 Margot . . . . . Mr. Fröhle  
 Louise } seine Tochter . . . . . Mr. Ebba Lüne  
 Johanna . . . . . Mr. Marie Lüne

Elleene  
 Claude Marie } ihre Freier  
 Malmond

Ein Rätsel von Orleans . . . . . Mr. Schröder  
 Bertrand, ein Landmann . . . . . Mr. Stephanh  
 Ein Edelknabe . . . . . Mr. Ruth  
 Erster } englischer Soldat . . . . . Mr. Normann  
 Zweiter } . . . . . Mr. Bülow  
 Ein französischer Ritter . . . . . Mr. Richter  
 Ein englischer Hauptmann . . . . . Mr. Schmidt  
 Französische, burgundische und englische Ritter, Vagen, Soldaten, Volk, königliche Kronbediente, Wachschäfe, Waisenratspersonen, Edelleute, Kinder, Herolde, Weitläufe.

Nach dem 3. und 4. Akt finden längere Pausen statt.

Eintritt 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr. halbe Preise. Billet-Vorl. a. d. Tages-Kasse v. 1/2 10 (Sonnt. Feiert. 1/2 11) bis 3 Uhr.

**Spielplan:** Donnerstag: Das Wetterhäuschen. Hierauf: Die Verlobung bei der Laternen. Dann: Bei Wasser und Brot. Zum Schluss: Das Schwert des Damozes. Anfang 1/2 Uhr. — Freitag: Mutter Thale. Anfang 1/2 Uhr. — Sonnabend: Die goldene Eva. Anfang 1/2 Uhr.

**Küchenzelte der sächsischen Speiseanstalten.**

Donnerstag:  
 Speiseanstalt I (Johannisplatz): Rindfleisch mit Kalbfleisch.  
 Speiseanstalt II (Stolzenbalgasse): Kartoffelpüschchen mit Rindfleisch.

Auskunftsbüro für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall- und Krankenversicherungswesen.

„Stadt Hannover“, Seeburgstr. Jeden Abend von 7½—9 Uhr unentgeltliche Auskunft für alle Arbeiter und Arbeitnehmer.

# Schuster's Warenhaus

## L.-Neustadt, Eisenbahnstrasse 41—43.

Besonders günstiges Angebot:

Posten Hauskleiderstoffe, 3 Genres, Neuheiten im soliden Geschmack, sehr empfehlens-	wert Qualitäten . . . . .	Mtr. 52, 60, 85 Pfg.
Posten Promenadenkleiderstoffe	In reiner Wolle, 3 Genres, Neuheiten der Saison im allergrößten Mustertosortiment . . . . .	Mtr. 0.90, 1.10, 1.25 Mk.
Posten Nouveautés	In reiner Wolle, 2 Genres, im apartesten Geschmack . . . . .	Mtr. 1.50, 1.75 Mk.
Posten Velourbarchent	zu Morgenröcken, Blusen etc., 1 Genre, extra Prima Qualität . . . . .	Mtr. 30 Pfg.
Posten Kleiderbarchent,	1 Genre . . . . .	Mtr. 22 Pfg.
Posten Plüscharten	(prima Mohair-Plüscher) mit kleinen Fabrikationsfehlern . . . . .	Stück 13.50 Mk. sonst Stück 30 Mk.

## Teppiche: Velourplüscher, Tapisserie, Axminster

1/2 Stück 4.50, 6.50, 9.00, 12.00 Mark — 1/2 Stück 9.00, 12.50, 16.50, 17.50 Mark

1/2 Stück 16.50, 19.50, 24.00, 27.50 Mark.

## Portières in grösster Auswahl

Fenster 3.25, 4.00, 4.50, 5.75 Mark.

## Gardinen in allen Breiten und Qualitäten Mtr. von 18 Pfg. an.

Als ganz besonderer Gelegenheitskauf:  
**Barchent-Betttücher**  
 weiß und bunt gestreift, in bester Qualität

Stück 1.25 Mark.

Die hier empfohlenen Artikel sind Gelegenheitsposten, welche einen weit höheren regulären Wert haben und können zu dem angegebenen Preis nur so lange verkauft werden, wie der Vorrat hierin reicht.

### Käufe und Verkäufe.

Herrschäfts-Betten (neue), Obers, Unterbett u. Latten, 10, 18, 18 Mk. Bettfed. v. 40 u. 60 Pf. 5.80 Mk. Berliner Str. 10.

Gebr. Augusteßisch billig zu verkaufen. Hochscheide Straße 50, Hof II. I.

Wehr. Fahrrad preisw. zu verl. pass. für Fahrradwerker. L. Mercedigenstr. 68, II. I.

Gebr. Puppenwagen zu kaufen gesucht. Wahlen, Königstraße 49, p. r.

Wehr. 4. Kl. Handwagen bill. zu verkaufen. Schönefeld, Leipziger Straße 4, part. r.

Eiserner Kanonenofen m. Rohr billig zu verkaufen. Sibonenstraße 8, III. I.

Singer-Nähmaschine, wie neu, sehr bill. zu verkaufen. Anger, Wilhelmstraße 1, I.

S. Nähmaschine, 1 Jahr Garantie, j. 20 Mk. neuer. Göhls, Amt. Halle-Saalestr. 148, II. r.

2 getr. Winterüberzieher bill. zu verkaufen. Sternwartenstraße 41, I.

Ein Vogelbauer zu verkaufen. Anger, Rosbachstraße 8, III. m.

Reg. Aufl. d. Gart. verl. bill. engl. Widders. Kaninchen. Süderstr. Mittelstraße 5, II. I.

Reue Welt, Jörg, 1898 u. 94 zu verkaufen. Zu erste. Kandeler, 21, II. I.

Berch. Vogel, Kardinal, Meissner z. f. s. b. zu verkaufen. Anger, Käfigstr. 11, III. r. gef. Adress. erbet. Leipzig, Mittelstr. 30, II.

### Wohnungsanzeigen.

Frdl. Schlafräume mit Kost zu vermieten. Gurthrich, Oststraße 6, III. r.

Frdl. Schlafräume a. 1. anst. Mädchen zu vermietet. Wohl, St. Privatstr. 18, Biehner.

Schlafräume 2 Mädchen, o. Herrn z. vermietet. Kleinsohoch, Gustav Adolfstr. 21, III. I.

Zwei Schlafräume für Mädchen, o. zu vermietet. Margaretenstr. 8, II. Müller.

Frdl. Schlafräume a. anständ. Herrn zu vermieten. Plagwitz, Biegellstr. 22, I. I.

Frdl. heizb. Schlafräume, auch leer, zu vermieten. Lindenau, Georgstr. 16, III. r.

2 Senstr. Stube, a. Schlafräume, f. 1. H. zu vermietet. Kleinsohoch, Rudolfsstr. 11, I. I.

Freundl. möbl. Stube an 2 Herren zu vermietet. Fichtestraße 16, II. r.

Leere Stube m. Dosen soz. zu vermieten. Lindenau, Lindenstraße 8, II. r.

Leere Stube mit Dosen zu vermieten. Neudorf, Rathausstraße 42, IV.

Freundl. leere Stube zu vermieten. L. Plagwitz, Elisabethallee 55, I. r.

Leere Stube zu vermieten. Lindenau, Böhlener Str. 66, p. I.

Logis im Kreise bis 260,- in Connewitz von Leuten mit 1 Kind 1. 4. 99

### Vermischte Anzeigen.

20 M. vom Brühl bis Paunsdorf verloren. Geg. Velochu. abg. Paunsdorf, Leichstr. 16, p.

Zugelauf. jung. schw. Budel m. w. Brust. Plagwitz, Plagwitz, Werderstraße 24, II. r.

Wer leiht jungen anständigen Leuten auf 2 Monate 50—60 Mk. gegen Sicherheit und hohe Rüste. Offert, erbeten unter St. W. an die Exped. d. Platze.

Züchtige Rahmenköpfer bei dauernder Arbeit sucht C. H. Belchert

Steinbruchsfabrik Leipzig.

4 bis 6 Männer

Nägche, Neubau Hupfer, Weststr. 56, Lindenau.

Steinbruchsarbeiter

bei 30 Pf. Studentenlohn stellen an R. Dahl u. A. Tollert, Steinmeßgeschäft und Steinbruchbetrieb in Bencha i. S.

Tüchtige Winkelmaß. u. Rollertrennen sowie Arbeitsmässchen finden sofort Beschäftigung in Cigarettenfabrik.

Göhlis, Äußere Halle-Saalestr. 101.

Näherin auf Mässchen.

Brüderstraße 33, Milantoniy.

## 2 Guss-Rohrleger

im Installieren gefügt bei 50 Pf. Studentenlohn sofort. Offeren mit Zengulien an 10138

T. Schuhmacher f. Geschäft, a. b. Hause. Ab, P.H., Thomé, Reichenhainerstr. 18, II. r.

Ein Junge zum Einsetzen gesucht. Doenert, Reudnitz, Überstraße 12.

1 gelebte Sonnenempf. sich geacht. Gesell. a. gef. Dochtung. Anger, Rudolfsstr. 2, III. r.

Violin- u. kl. Trommel-Unterricht w. Bill. erteilt Katharinenstr. 16, Tr. B. IV.

Schnhm. Art. u. Stepp. Raschm. 4. Bildiges Sohleider im eing. u. ganzen.

Wäsche wird gut u. sauber geplättet. Connewitz, Sibelerstraße 6.

Klagen, Gesuche, Testam., Vorn. Habermann, Sternwartenstr. 85.

Rechtshilfe, Klagen, Gesuche, Testam., Vorn. Habermann, Sternwartenstr. 85.

Familienanzeigen.

Dem roten Wirt gratuliert herzlich zum Geburtstage. D. C.

144. Geburtstage. D. C.

Herrn H. Richter die besten Wünsche zum Geburtstage. Familie Schäffer.

# 2. Beilage zu Nr. 249 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch, den 26. Oktober 1898.

## Bur Lage.

Aus parteigenössischen Kreisen wird uns geschräben:

Die Reaktionäre ziehen wieder einmal alle Register gegen die aufstrebende Arbeiterbewegung. Achtung und Rechtsbeschämung der Sozialdemokraten ist das Ziel der herrschenden Massen. Sie fühlen sich in ihrem eintäglichen Handwerk der Volksausbeutung bedroht durch die Ausklärung, die die Sozialdemokratie über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse unter der Arbeiterschaft verbreitet.

Die Arbeiter erkennen infolge dieser Ausklärung immer deutlicher, daß die bürgerliche und politische Herrschaft der „oberen Zehntausend“ sich nur auf die Ausbeutung der Arbeiter gründet. Ohne die kapitalistische Macht — die wirtschaftlichen Vorteile, die aus der elenden Löhnnung der Arbeiter für die Kapitalisten fließen, begründen diese Macht — ist die politische Herrschaft der regierenden Kreise unmöglich. Regierung und Kapitalisten sind aufeinander angewiesen zur Fortführung ihrer Wirtschaft, in der Gütererzeugung wie in der Politik. Gegen diese Wirtschaft kämpft die Sozialdemokratie; sie erkennt die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter und fordert die politische Gleichberechtigung aller. Für dieses Ziel begeistern sich immer höhere Scharen der Arbeiter, bei den Wahlen schwöllet darum die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen immer höher. Das erregt die Furcht der Machthaber, deren Sinnen und Trachten darauf gerichtet ist, den Einfluss der Sozialdemokratie zu brechen.

Mit welchen Mitteln das sicher erreicht werden könnte, darüber sind sich jedoch die weisen Männer des kapitalistischen Staates nicht ganz klar und einig. Der rabiateste Teil ist für die Anwendung der brutalen Gewalt, sie möchten — wie ihr heiliger Abgott Bismarck — am liebsten die Kanonen gegen Sozialdemokraten auffahren und abprobieren lassen. Da ihnen die hierfür ausreichenden Opfer indes keine Gelegenheit zu so humaner Belehrung geben, breiten sie über anderen Gewaltmaßregeln.

Ausnahmegesetze sind das nächste Mittel, das ihre staatsräderliche Phantasie ihnen vor Augen spiegelt. Ausnahmegesetze gegen die „Leiter des Umsturzes“, wie die in der Sozialdemokratie thätigen Kräfte von den reaktionären Zeitungen belobt werden — Ausnahmegesetze werden heute von den tonangebenden freien Zeitungen der Bourgeoisie ohne Scheu und ohne Scham verlangt. Alle Erfahrungen, die man mit dem Sozialistengesetz gemacht, fruchten nichts bei den von blinder Gier und Herrschaft ergrieffenen Schmarotzern. Achtung, Gewaltthät, Untergang haben sie der Sozialdemokratie zugeschworen, die jedoch weder mit Kanonen noch mit Ausnahmegesetzen zu vernichten ist.

Und wie begründet der Leiterkäfer des Regierungsbüros sein dreistes Verlangen? Man höre:

„Ja“ spricht der Arbeiter, „wenn der Fabrikbesitzer erfährt, daß ich den Sozialdemokraten wähle, würde er mir die Arbeit fündigen.“ Vor dem Arbeitgeber soll also die Gesinnung verheimlicht, er soll darüber getäuscht, die Arbeitsstätte und der Arbeitslohn sollen durch Heuchelei und Trug erkauft werden. Wo bleibt die Wahrheit und die Redlichkeit?

Weiter kam die reaktionäre Unverschämtheit kaum getrieben werden. Aber es ist gut so — die Arbeiter merken so doch wenigstens, worauf das reaktionäre Dringen hinausläuft. Nicht genug, daß ihre Arbeitskraft vom Kapitalismus aufs äußerste ausgenutzt wird, sie sollen mit ihrem schief bezahlten Arbeitslohn auch ihre Gesinnung verkauft haben. Ja ja, so möchten es die Herren Ausbeuter und ihre journalistischen Helfershelfer gern haben. Die Arbeiter haben aber politisch dienten gelernt und ihre Überzeugung verdingen sie nicht, diejenigen, die ihnen das zumindest, sind ihrer Verachtung wert und sicher.

Diese Herauswürdigung der Arbeiter durch das Regierungsbüro zeigt ihnen aufs neue, daß die Reaktion unaufhörlich auf die Enteignung des arbeitenden Volkes hinarbeitet. Ganz analog mit dem Plan einer Vertreibung des Reichstagwahlrechts läuft auch der Plan einer Beseitigung des Koalitionsrechts. Hier handelt es sich ebenfalls um nichts Anderes und Geringeres, als um die Stärkung der Macht des Unternehmertums, das in seiner Beherrschung und Ausbeutung der Arbeitskräfte durch nichts behindert sein will. Jeder Widerstand der Arbeiter gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung soll gebrochen werden.

Fort mit dem Koalitionsrecht!

Weg mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht!

Ausnahmegesetze her! —

Und wenn das nicht hilft — nun, dann muß man die Kanonen einmal gegen das widerspenstige Volk sprechen lassen, daß sich von uns die Haut, nicht ohne Widerstand über die Ohren ziehen lassen will — denken die Reaktionäre, die wieder einmal eifrig an der Arbeit sind.

Wir wünschen weiter nichts, als daß sich die arbeitenden Klassen durch derartige Provokationen nicht aus der Ruhe bringen lassen. Behalten sie kaltes Blut, dann werden sie selbst wissen, wie sie die reaktionären Pläne durchkreuzen und vernichten können; ihre Partei — die Arbeiterpartei — und ihre Vertretung im Reichstag wissen ebenfalls, was sie zu thun haben.

Darum, Arbeiter, seid auf dem Posten, blickt tief, doch entschlossen Euren Feinden entgegen!

Natürlich muß man einen besonderen Grund haben, wenn man Gewaltmittel gegen eine Partei empfiehlt und da kommt

den blutdürstigen Räubern der bürgerlichen Gesellschaft nichts gelegener, als die Ermordung der österreichischen Kaiserin, sowie ein angebliches anarchistisches Komplott, das zur Ermordung des deutschen Kaisers auf seiner Jerusalemreise von italienischen Anarchisten angezettelt, aber glücklicherweise entdeckt worden sei. Ob daran etwas Wahres ist und ob dabei nicht etwa — wie schon manchmal — Polizeispiel die intellektuellen Urheber sind, muß sich erst noch ergeben.

Aber was in aller Welt hätte die Sozialdemokratie, die geschworene Feindin des Mordes, siehe er sich in gesetzliche oder ungesetzliche Form, mit anarchistischen Anschlägen zu thun? Sie bekämpft den Anarchismus, wie keine andere Partei, und nur ihr ist es zu danken, wenn der Anarchismus in Deutschland keine Anhänger gewinnt. Das hindert jedoch die Hälfte der öffentlichen Meinung, die Kreuzzeitung und andere gesinnungsverwandte Organe, nicht, die Sozialdemokratie als Vorfront des Anarchismus zu bezeichnen. Das Spiel ist aber zu alt, zu abgedroschen, als daß die Vollmossen mit dieser faustdicken Lüge gegen die Sozialdemokratie gehetzt werden könnten. Allein, eine andere Lüge wäre auch nicht, es bleibt also den gewaltthätigen Helfershelfern der Reaktion kein anderes Mittel, als den roten Schreien zu verbreiten, Lüge und Verleumdung wieder zur Grundlage ihrer Hetze zu machen. Wer dies Spiel durchschaut, den eift zwar vor diesen verkommenen Verschwörern der öffentlichen Meinung, aber er wird auch alles daran setzen, Lüge und Verleumdung, Hetze und Gewaltthat zu schanden machen zu helfen. Sie sollen keinen Boden im ehrlichen, arbeitenden Volke finden, diese Vergißter und Vernichter der Volkskraft; es soll ihnen schwer werden, ihre traurigen Pläne vor der Öffentlichkeit zu vertreten.

Ein weiteres Mittel, der Sozialdemokratie Boden für ihr öffentliches Wirken zu entziehen, ist die schon während der Reichstagswahlen von Reaktionären verlangte Befreiung des Reichstagwahlrechts. Aber auch jetzt noch wird Propaganda für diese Art der Volksentziehung gemacht. Es kann gerade nicht sehr verwundern, wenn das amtliche Organ der sächsischen Regierung, das Dresdener Journal, diesem Plan Vorschub leistet, denn was kann von denjenigen, die die Einführung des Dreiklassenwahlsystems für den sächsischen Landtag empfohlen haben, Gutes kommen? Aber den sächsischen Reaktionären — eine noble Species — scheint das Dreiklassenwahlrecht noch kein genügender Schutz gegen die Sozialdemokratie zu sein, sonst würde das Dresdener Journal nicht die Beseitigung des geheimen Wahlrechts für den Reichstag fordern.

## Genossen! Beruft Euch bei Eueren Einkäufen auf die Leipziger Volkszeitung!

Möbel, Betten  
Spiegel  
Polsterwaren  
Ganze Einrichtungen  
Herren-Kleider  
Knaben-Anzüge  
Damen-Konfektion  
Kleiderstoffe  
Manufaktur- und  
Modewaren  
Uhren, Hüte  
Stiefel, Schirme etc.

Auf bequeme  
**Teilzahlung**  
im  
Waren-  
**Kredit-**  
Haus  
**S. Sachs**  
Leipzig  
Nikolaistraße 31, I.  
(Begründet 1880.)

## Marienbad

Leipzig-Neuschönfeld  
Eisenbahnstrasse Nr. 66.  
Konradstrasse 25.

Schwimmhalle 20°

Hohe Str. 43 Restaurant Wohlfeil Hohe Str. 43.

Empfahle Freunden und Bekannten sowie der geehrten Nachbarschaft meinein gut bürgerlichen Mittagstisch à Portion 40 und 50 Pf.

Hochfein! Früh und abends Stamm. Hochfein!

Biere ff., sowie alle Getränke in bekannter Güte. Aufmerksamkeitsbedienung.

Hochachtungsvoll Hermann Wohlfeil.

## Nähmaschinen

Fahrräder u. Bringmaschinen

beste Fabrikate, billigste,  
5-jährige fachmännische  
Garantie.

Unterricht frei.

Günstige Teilzahlung.

W. Frenzel, Mechaniker

Leipzig, Zeitzer Straße 31

2.-Neustadt, Eisenbahnstraße 31.

Lager sämtlicher Zubehörteile.

Reparaturwerkstätten

für Maschinen u. Fahrräder aller Fabrikate.

Billards, neue u. gebrauchte, Bälle,

Onus, Tische u. Leders.

A. Immisch, Humboldtstr. 7.

## Beinleiden.

(Offene Beinwunden, Salzfluss etc.)  
Sichere Heilung ohne Verlustförderung  
und Operation.

L. Schmidt, Petersstr. 44, II.

früher an Dr. Lehrholz Poliklinik, Berlin.

Sprechst. 9—11, 2—4; Sonnt. 10—11.

Neugebauer, stadt. gebild.,

präst. Prast. b.

Homöopathie u. Naturheilmethode,

früher an Dr. Wilm. Schwabe Poliklinik,

heilt n. langj. Erf. gebld. Geschlechtskrankh.

d. M. u. Fr., Frauen-, Männer-, Magen-,

Darm-, Harn- u. Nervenselb., Rheumat.,

Psoriasis, Grim. Str. 21, II. Sprechst.

9—2, 5—8, Sonnt. 10—11 Uhr zu ausw. freil.

für Zahnpatienten, Plombieren

künstl. Zähne, Plombieren

Zahnoperationen ic., billigste Preise.

Lindenau, Lindenstr. 1

Ecke Leipziger Straße.

eine Tage lebendfrischer

Angel - Schellfisch.

Pankert, Eisenbahnstraße 115 b.

60 Pfg.

ab Lager empfiehlt

Luckenauer Briketts.

Albert Reimann

Neuh. Lauchaer Straße 19, an der Bahn.

R. Becker, Uhrmacher

Rauhstädter Steinweg 33.

Villige Bezugsgesellschaft für

Uhren aller Art.

Goldwaren

und

optische Artikel

Reparatur-Werkstatt.

Leiter der Volkschg. 10% Rabatt.

Nähmaschinen

aller Systeme

unter 5-jähriger fachmännischer Garantie.

Allerlei Verkauf der Viktoria-Näh-

maschine. Gebraucht Singer von

Mr. 15.— an. Reparaturen gut und

billigst. Gelehrten der modernen

Kunststicker gratis. 18588

Petersstr. 34, Hof, „Drei Könige“.

Hermann Schube

Spezialgeschäft für Nähmaschinen.

billig. Kein Laden! billig.

Kein Personal!

Neue Betten, reichlich gefüllt,

9, 11, 13, 15, 17—40 Mt.

Böh. Bettfedern b. 45—880 Pf.

Erstlingswäsche spottbillig.

Verkauf nach Kundenkredit un. Nachr.

billig. Nikolaistr. S. I. billig.

Für Händler u. Wiederverkäufer!

Ich offeriere als Spezialität Schürzen

aller Größen: 19900

Kinderschürzen . . . v. & 270 p. Dp. an

Mädchen-Schürzen . . . 4—

Tändelschürzen . . . 4,50 "

Wirtschaftsschürzen . . . 6,50 "

bis zu den feinst. Qualität, foul. u. schwarz.

Wusterwendungen unter Engroßpreis-Ver-

rechnung. Saubere, hochseine Ausführung!

C. Benjamin, Berlin C.

Hoher Steinweg 14, I.

Reparaturen

an Uhren jeder Art, nur

streng solide Ausführung

und unter Garantie bei

Gustav Kaniss

Uhrmacher, Lauchaer Straße 6.

Gummiartikel

hygienisch sauber, ärztlich empfohlen sowie

alle anderen Artikel zur Gesundheitspflege.

B. Steinert, Leipzig

Sebastian Bach-Str. 89/41, III.

Dönerhafte Bettstellen mit guten

Sprungfedern (beste Arbeit) 24 Mt.

Dresdener Str. 23, Seelengegend, I.

Görlitz, Tapeten, (vis-à-vis Pantheon)

# Konsum-Verein L.-Plagwitz u. Umg.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.)

Unseren Mitgliedern zeigen hiermit an, daß die neue  
Verkaufsstelle

Ecke von Chausseestrasse und Gerichtsweg

Mittwoch den 26. Oktober  
eröffnet wird.

Der Vorstand.

 Kaiser-Panorama, Neumarkt 2.  
Diese Woche: Palästina.   
Eintrittskarten zu ermäßigtem Preise in der Expedition der Volkszeitung.

**Wettiner Hof, Lindenau**

Merseburger Strasse 53.

Weinen werten Gästen und Freunden zur gesl. Nachricht, daß ich von heute ab nur C. W. Raumansuches Lager- und Exportwaren in vorzüglicher Güte führe. Um gütigen Besuch bitten  
E. Kaselitz.

**theodor Heideckes**   **Photograph.**  
Atelier Leipzig, nur Johannisplatz 3   
(früher Zeitzer Strasse und Leipzig-Plagwitz).

Für die Weihnachts-Saison!

Das geehrte Publikum mache auf mein elegantes und mit allem Comfort ausgestattetes Atelier aufmerksam. Gleichzeitig gebe bekannt, dass ich der Weihnachts-Saison wegen meine Preise ganz bedeutend herabgesetzt habe und bitte nebenstehende enorm billigen Preise, welche ich von hente ab einführe, gel. zu beachten.

12 Visit-Bilder  
I. Qual. Mk. 6.—  
12 do. II. Qual. Mk. 4.—  
Hierzu gratis:  
ein kleines Cabinet-Bild.

12 Cabinet-Bilder  
I. Qual. nur Mk. 18.—  
6 do. Mk. 10.—  
12 do. II. Qual. Mk. 15.—  
6 do. Mk. 8.—

 Leiterwagen,  
stark gebaut, zum  
Stohlen- u. Kartoffel-  
Einholen passend.

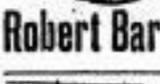
Georg Popp, Panorama, Rohplatz.

**barchent-Hemden** nur eigene Fabrikate  
für Männer von 90 Pfg. an,  
für Frauen von 85 Pfg. an,  
für Kinder von 40 Pfg. an  
sowie

**Hemdenbarchent**   offizielle zu aussäsend billigen Preisen.  
**A. Blum, Wäsche-**  
Fabrik Leipzig, Reichsstrasse 9.

 Altes Gold und Silber  
jetz. Uhren tauscht, tauscht u. nimmt  
zu höchsten Preisen in Zahlung.  
Uhrenmacher Gust. Kaniss, Tauchaer Str. 6.

**Gut u. billig**  
Naethers Reform-Kinderwagen Mk. 14.—  
Puppenwagen m. Wallgardinen Mk. 1,50  
Reisekörbe Mk. 3.—  
Verstellbar. Kinderstühle  
Mk. 4,50

Robert Barth,  Kurprinzenstrasse 24,  
Ecke Windmühlenstr.

**Glocken** mit 7 cm Schale  
1 Mk. 50 Pfg.  
Idee für sämtliche elektr.  
Artikel empf. billig  
Alwin Richter  
Eisenhandlung  
Leipzig-R., Chausseestr. II.

**Zu haben**  
in den meisten Kolonialwaren-, Drogen-  
und Seifen-Handlungen.

**Dr. Thompsons  
Seifenpulver**



ist das beste und im Gebrauch billigste  
und bequemste

**Waschmittel  
der Welt.**

Man achtet genau auf den Namen  
„Dr. Thompson“  
und die Schutzmarke „Schwan“.

**Special-Geschäft  
für Uhren.**

**M. Kemske**

6 Nürnberger Straße, 6

dicht am Johannisplatz.



wie nebenstehend,

Ruhbaumgehäuse

mit Schlagwerk,

halbu. voll schlagend,

unter selber schrift-

licher häflicher Gar-

antie für richtiges

Gehen u. Schlagen v.

**M. 9**

an.

Trotz der billigen Preise noch

**10 Proz. Rabatt**

den Lesern der Volkszeitung.

**Herren-Schneider-**

**Artikel**

offeriert in soliden Qualitäten  
und reichhaltigem Sortiment

**Heinrich Grimm**

Leipzig, Neumarkt 29, part.

Größe  
Auswahl.



# MÖBEL

Spiegel — Polsterwaaren

Herren- und Damen-Garderoben, Kleiderstoffe, Manufakturwaaren, Betten, Kinderwagen etc.

Liefere

 auf Abzahlung

infolge des großen Bedarfs für meine **12 Geschäfte**

**billiger wie überall!**

**S. Osswald,**

Eigene Polsterwerkstatt im Hause.

Größe  
Auswahl.

Größte  
Zahlungsbefriedigung

Größe  
Qualität.

**Leipzig**  
Königsplatz 7, I. u. II. Et.  
gegenüber der Markthalle

10